



## Presseschau vom 06.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

**In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.**

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

### **de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa**

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Noam Chomsky und Vijay Prashad über die Ukraine – und warum die USA mit Russland verhandeln müssen**

Der US-amerikanische Linguist, Philosoph und politische Dissident Noam Chomsky kritisiert die westliche Politik gegenüber Russland. Auch den Medien begegnet Chomsky mit harscher Kritik. Washington bleibe nichts anderes übrig, als mit Moskau zu verhandeln – bevor es zu spät ist. ...

<https://kurz.rt.com/387c> bzw. [hier](#)

### **Sergei Poletajew: Der Westen versteht nicht, dass Russlands Atomarsenal die Grundlage für seinen Großmacht-Status ist**

Ist Russlands Rede vom Einsatz von Atomwaffen nur heiße Luft oder sind Moskaus Warnungen ernst gemeint? Und was kommt als Nächstes? Hier gibt es drei Szenarien zu beleuchten. Eine Analyse. ...

<https://kurz.rt.com/3870> bzw. [hier](#)

### **de.rt.com: Blackout-Gefahr in Europa: EU-Kommission verspricht Lösungen – Banken wappnen sich lieber selbst**

Europa droht der Blackout. Man sei auf alle Eventualitäten vorbereitet, heißt es aus Brüssel. Diesen Versprechungen scheinen die Banken allerdings nicht zu trauen. Sie geben ihre wertvollen Kundendaten zu Sicherheit lieber an Rechenzentren. Doch auch die sind abhängig vom Strom. Droht mit dem Stromverlust somit auch der Verlust des hart ersparten Geldes? ...

<https://kurz.rt.com/3881> bzw. [hier](#)

### **Rüdiger Rauls: Vierfachbumms und Doppelwumms**

Nach den vier Explosionen an den Nord-Stream-Pipelines kommt unserer Regierung nichts gelegener als die Spekulation über die Urheber der Anschläge. Damit wird die Aufmerksamkeit von den Gefahren der Berliner und Brüsseler Politik auf die Suche nach Schuldigen gelenkt. ...

<https://kurz.rt.com/38cd> bzw. [hier](#)

### **Gert Ewen Ungar: Verbotene Referenden: Warum der Westen Wahlbeobachter bestraft**

Wahlbeobachter der Referenden im Donbass haben Konsequenzen zu befürchten. Ihr Vergehen: Sie haben das Narrativ erschüttert. Persönliche Konsequenzen fordert nicht nur Politik, sondern auch der deutsche Mainstream. ...

<https://kurz.rt.com/38a5> bzw. [hier](#)

**Tom J. Wellbrock: Ein paar Fragen zur Kriegsmüdigkeit**

Wo vereint der "Kampf für unsere Werte" sich mit den "großen" Traditionen der deutschen Geschichte? Richtig, bei der Unterstützung der Bundesrepublik für die Regierung in Kiew. Wer jetzt noch mehr Waffen für Kiew fordert, sollte sich erst einmal an die Vergangenheit erinnern. ...

<https://kurz.rt.com/38dl> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**20:24 de.rt.com: Moskau bestätigt: Eine Leitung von Nord Stream 2 ist intakt und einsatzbereit**

Der Sabotageakt an den Nord Stream-Pipelines hat nach Angaben aus Moskau zumindest einen Strang der Leitung Nord Stream 2 verschont. Wie Überprüfungen von russischer Seite in den vergangenen Tagen ergeben hätten, könnte der intakt gebliebene Strang der Gasleitung zur Belieferung Deutschlands umgehend genutzt werden.

Der russische Energieminister Alexander Nowak sagte am Mittwoch im russischen Fernsehen: "Was Nord Stream 2 betrifft, so ist diese Pipeline bisher nach vorläufiger Einschätzung tatsächlich in technisch geeignetem Zustand." Er bot an, durch diese Leitung Gas nach Europa zu liefern. Zugleich forderte er eine Beteiligung Russlands an den Ermittlungen zur Sabotage.

Ende September kam es zu Explosionen unter Wasser an den beiden Ostseepipelines. Dabei entstanden an beiden Strängen der Pipeline Nord Stream 1 und an einem Strang von Nord Stream 2 teilweise erhebliche Lecks. Experten gehen von einem staatlichen Sabotageakt aus. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte zuletzt Briten und US-Amerikaner des Anschlags auf die Gasleitung beschuldigt. Diese seien die Profiteure des Sabotageakts, behauptete er. Nord Stream 1 wurde dabei seit Anfang September von Russland nicht mehr mit Gas bepumpt – und zwar aus technischen Gründen, die wegen der Sanktionen nicht zu beheben gewesen seien.

Stattdessen hatte Moskau Nord Stream 2 als Ausweichvariante angeboten, deren Zertifizierung allerdings von Deutschland im Februar endgültig gestoppt wurde. Nach der Liquidierung von Nord Stream 1 hat Nowak nun erneut Nord Stream 2 ins Spiel gebracht. Gaslieferungen seien möglich, betonte der Minister.

Am 3. Oktober hatte Gazprom laut [Radio Sputnik](#) gemeldet, dass sich der Druck in den beschädigten Strängen der Nord Stream-Pipelines stabilisiert habe und kein Gas mehr [austreten](#) würde.

Wie [TASS](#) meldet, führt Nowak im Einzelnen aus:

"Ja, Lieferungen [über den unbeschädigten Strang] sind möglich. Wir haben wiederholt gesagt, dass dies möglich ist. Die Infrastruktur ist bereit. Leider wurde durch Sabotage ein Strang beschädigt, und es ist eine Untersuchung erforderlich, um über sein Schicksal zu entscheiden."

Nowak weiter:

"Was den zweiten Strang betrifft, so ist er fertig und gebaut, und wenn die europäischen Kollegen die notwendigen rechtlichen Entscheidungen über seine Zertifizierung und die Aufhebung der Beschränkungen treffen, könnte Russland meiner Meinung nach in Kürze die Lieferungen durch diesen Strang der Pipeline sicherstellen."

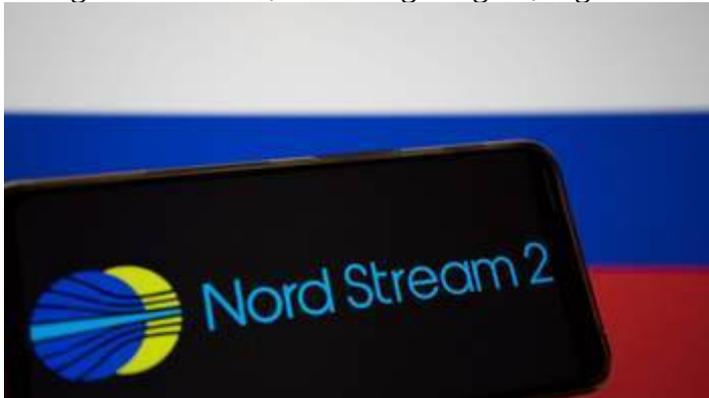
Nowak sagte, Gazprom und Nord Stream sollten sich an der Nord Stream-Untersuchung beteiligen. "Bezüglich Nord Stream 1 und einer Röhre von Nord Stream 2 haben Dänemark und Schweden heute angekündigt, dass sie eine Untersuchung eingeleitet haben. Leider durften bisher weder der Betreiber des Nord Stream-Projekts noch unsere Strukturen – Gazprom und Rostechndorsor – an dieser Untersuchung teilnehmen. Gazprom ist der

Haupteigentümer der relevanten kritischen Infrastruktur", sagte Nowak im Fernsehsender Rossija 24.

"Wir sind der Meinung, dass eine solche Untersuchung objektiv und unter Beteiligung russischer Fachleute durchgeführt werden sollte, damit wir uns ein objektives Bild von den Ereignissen machen können. Erst dann können entsprechende Schlussfolgerungen gezogen werden. Wir bestehen auf dieser Beteiligung und erwarten, dass diese Arbeiten gemeinsam mit unseren Experten durchgeführt werden", betonte der stellvertretende Premierminister.

Ihm zufolge hat die Russische Föderation bisher noch keine Antwort von Dänemark erhalten.

"Nein, im Moment gibt es keine Antwort, und wir können sehen, dass die Untersuchung selbst noch nicht begonnen hat. Dies wurde nur angekündigt, als der Gasaustritt noch nicht aufgehört hatte, und nicht einmal die Arbeiten, die einen Beginn der Untersuchung ermöglichen würden, haben angefangen", sagte Nowak.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dcf3b48fbef6638299015.jpg>

20:49 de.rt.com: **NATO erklärt neuen Gefechtsverband an Ostflanke für einsatzbereit**

Der zum besseren Schutz der Ostflanke aufgebaute NATO-Gefechtsverband in der Slowakei ist einsatzbereit. Wie das Verteidigungsbündnis am Mittwoch mitteilte, hat die multinationale Kampftruppe bei der jüngst beendeten Übung Strong Cohesion ("Starker Zusammenhalt") gezeigt, dass sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Diese folgte auf mehrere Monate der Vorbereitung.

Beteiligt an dem neuen Gefechtsverband in der Slowakei ist auch Deutschland. Die Bundeswehr war nach Ende September nach eigenen Angaben mit etwa 550 Soldatinnen und Soldaten in dem westlich der Ukraine gelegenen EU-Staat präsent. Zudem sind Tschechien, die Vereinigten Staaten, Slowenien und das Gastland Slowakei mit dabei.

Die Verstärkung der NATO-Ostflanke erfolgt in Reaktion auf die russische Sonderoperation in der Ukraine. In der Slowakei umfasst die Verstärkung nach Zahlen aus dem Monat Juli rund 1.100 Soldaten aus anderen NATO-Staaten sowie 13.500, die vom Gastland gestellt werden. Weitere Verstärkungen gibt es in den drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie in Ungarn, Rumänien und Bulgarien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dc18e48fbef683b443e07.jpg>

### 21:11 de.rt.com: **Jens Stoltenberg lobt "beeindruckende Leistungen" der ukrainischen Armee**

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij telefoniert und "beeindruckenden Leistungen" der ukrainischen Armee gelobt. Stoltenberg schrieb auf Twitter:

"Ich hatte Telefongespräch mit Präsident Selenskij und lobte das tapfere ukrainische Volk und die ukrainischen Streitkräfte für ihre beeindruckenden Leistungen bei der Befreiung ihres Landes von den russischen Aggressoren."

Am 5. Oktober meldete der Pressedienst der DVR-Volksmiliz, dass die ukrainischen Truppen einige Erfolge in Richtung Krasny Liman erzielt hätten, jedoch die Hauptaufgabe, russische Truppen einzukesseln, nicht erreicht hätten. Die Ukraine versuche nun, in die Offensive auf die Stadt Swatowo in der LVR zu gehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dc04ab480cc210d45d9d5.jpg>

### 21:30 de.rt.com: **Gebietsverwaltung Saporoschje: Kiew bereitet Provokation durch Überflutung des AKW Saporoschje vor**

Der Vorsitzende der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland" Wladimir Rogow erklärte gegenüber [TASS](#), die Ukraine sammle Informationen über die Möglichkeit unkontrollierter Wasserableitungen aus Wasserkraftwerken, um so mit der Überflutung des Atomkraftwerks Saporoschje eine Havarie zu inszenieren.

Demnach habe der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) in den letzten drei Wochen Informationen gesammelt, über welche Möglichkeiten das Kernkraftwerk im Falle eines unkontrollierten Wasserabflusses aus der Kaskade der im Einzugsbereich gelegenen Wasserkraftwerkskaskade verfügt. Es handelt sich um die Wasserkraftwerke Kremenschugskaja, Srednedneprowskaja und das nächstgelegene Wasserkraftwerk Dnepr direkt in Saporoschje. Rogow fügte hinzu:

"Dies deutet darauf hin, dass Provokationen vorbereitet werden, um das Wasserkraftwerk am Dnepr zum Einsturz zu bringen oder die Schleusen zu öffnen."

Er erklärte auch:

"Aber das Hauptziel ist es, das AKW Saporoschje zu überfluten."

Rogow zufolge forderte der SBU unter anderem von Igor Muraschow, dem ehemaligen Leiter des Kernkraftwerks Saporoschje, Informationen über die Möglichkeiten der Wasserverklappung. Er stellte klar, dass all dies auf Ersuchen der britischen Sonderdienste geschah, und sagte:

"Diese Informationen werden vom SBU auf jede erdenkliche Art und Weise gesucht. Sie verlangten Daten über die Übung zur Simulation dieser Situation (Wassereinleitung) aus den

sowjetischen Archiven, die im AKW Saporoschje von dem nun ehemaligen Generaldirektor Muraschow hinterlassen wurden."

Rogow sagte, dass der ukrainische Sicherheitsdienst bereits eine Situation modelliert habe, in der das Küstengebiet von Saporoschje von einer riesigen, mindestens zwanzig Meter hohen Welle überflutet würde, die sich mit einer Geschwindigkeit von mehr als 17 Meter pro Sekunde, also schneller als 60 Kilometer pro Stunde, nähern würde. Mindestens vier Bezirke der Stadt werden davon schwer betroffen sein. In den dann voraussichtlich betroffenen Gebieten leben nicht Zehntausende, sondern Hunderttausende von Menschen, so Rogow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dd58c48fbef683b443e17.jpg>

AKW Saporoschje

### 21:37 de.rt.com: **US-Geheimdienst-Mitarbeiter berichten, Ukraine steckt hinter Mord an Daria Dugina – New York Times**

Nach dem Mordanschlag bei Moskau im August hatte nicht nur die ukrainische Regierung bestritten, damit zu tun zu haben, auch die US-Regierung bestritt eine ukrainische Schuld. Nun erklärten US-Geheimdienstler gegenüber der "New York Times", es sei doch eine ukrainische Tat.

Die [New York Times](#) (NYT) berichtet, nicht namentlich benannte Mitarbeiter von US-Geheimdiensten hätten ihr gegenüber erklärt, sie hielten den Mord an Daria Dugina für das Werk ihrer ukrainischen Kollegen. Nach Angaben der Zeitung gaben sie diese Information weiter, weil sie fürchteten, dass der Anschlag den Konflikt ausweiten könne.

Am 20. August war die Journalistin, Tochter des Philosophen Alexander Dugin, in der Nähe von Moskau einer Autobombe zum Opfer gefallen. Die junge Frau hatte in den vergangenen Jahren vor allem aus dem Donbass berichtet und war deshalb sowohl auf westlichen Sanktionslisten als auch auf der ukrainischen "Mordliste" Mirotworez gelandet.

Der russische FSB hatte bereits am nächsten Tag eine Ukrainerin als Täterin benannt, die nach dem Anschlag nach Estland ausgereist sei. Sowohl ukrainische als auch US-amerikanische Regierungsvertreter hatten danach bestritten, dass die Ukraine etwas mit dem Terrorakt zu tun habe.

"Die Vereinigten Staaten waren an dem Angriff nicht beteiligt, weder durch die Bereitstellung von Aufklärungsdaten noch durch andere Unterstützung," zitiert die NYT ihre Gewährsleute. Sie hätten auch von dem Plan vorab nichts gewusst und hätten ihm andernfalls widersprochen. Die ukrainische Seite sei anschließend deswegen gerügt worden. Erst in der vergangenen Woche sei die ukrainische Verantwortung in Regierungskreisen bekannt geworden.

Die Ukraine halte derartige Pläne, insbesondere, wenn es um Angriffe auf russischen Boden ginge, selbst vor den US-Vertretern verborgen. Es sei der amerikanischen Seite nicht bekannt, welcher Teil der ukrainischen Regierung diesen Mord autorisiert habe, und ob das gar Präsident Selenskij persönlich gewesen sei.

Trotz der massiven Unterstützung der USA für die Ukraine, die zugestandenermaßen bis zur kompletten Ausarbeitung der militärischen Planungen reicht, sei der Einblick in die Machtzentren der ukrainischen Regierung gering, weshalb man auch nicht zuordnen könne, ob die SBU, das Militär oder das Büro Selenskijs für diesen Plan verantwortlich sei. Der ukrainische Präsidentenberater Michail Podoljak hat gegenüber der NYT eine ukrainische Verantwortung dennoch erneut abgestritten. "Jemand wie Dugina ist kein taktisches oder strategisches Ziel für die Ukraine."

Mordanschläge sind allerdings eine für den ukrainischen SBU nicht ungewöhnliche Handlung. In den letzten Tagen erst tauchten Informationen auf, wie viel der SBU für den Mord an Alexander Sachartschenko bezahlt hatte, den ersten Leiter der Donezker Volksrepublik. Auch ukrainische Oppositionelle wurden schon mehrmals zum Ziel. Die NYT zitiert auch einen "höheren ukrainischen Militär" mit der Aussage, ukrainische Truppen hätten mit Hilfe örtlicher Kräfte Attentate und Angriffe auf vermeintliche ukrainische Kollaborateure und russische Beamte ausgeführt, unter anderem einen Giftanschlag auf den Leiter der zivil-militärischen Verwaltung von Cherson.

Das State Department, der Nationale Sicherheitsrat, das Pentagon und die CIA äußerten sich der NYT gegenüber nicht bezüglich der ukrainischen Verantwortung. Aber weitere namenlose Offizielle äußerten die Sorge, Russland könne nun die ukrainische Führung ins Visier nehmen.

Realistischer ist allerdings die Vermutung, dass diese Bestätigung der ukrainischen Täterschaft zusammen mit einer Beteuerung US-amerikanischer Unschuld in der NYT vor allem dazu dienen soll, bei zukünftigen ähnlichen Handlungen der ukrainischen Seite auf dem nun erweiterten russischen Boden eine russische Erwiderung gegen US-Amerikaner zu verhindern, indem die Verantwortung für terroristische Akte allein der Ukraine zugeschrieben wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dd39848fbef2e8e30cd7d.jpg>

Untersuchung an der Stelle des Anschlags, 21.08.2022

### 22:20 de.rt.com: "**Das ist ein verbrecherischer Befehl**" – **Ukrainische Soldaten beschweren sich über Militärführung**

Die ukrainische Offensive verläuft ungeachtet aller eigenen Verluste. Auch die eigene, noch verbliebene Zivilbevölkerung wird nicht verschont. Das geht aus einem verzweifelten Videoanruf hervor, den Kämpfer der 25. Luftlande-Sturmbrigade jetzt über soziale Medien verbreitet haben.

Ukrainische Sturmtruppen im nördlichen Abschnitt der Donbass-Front befinden sich offenbar in einem desolaten Zustand. Die Probleme gehen so weit, dass die Soldaten der 25. Luftlande-Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte in ihrer Einheit nicht mehr kämpfen wollen. Das teilten sie in einem [Videoanruf](#) an die Öffentlichkeit mit.

In dem Video, das 13 Minuten dauert, schilderte ein Soldat des Dritten Regiments ausführlich

zahlreiche Missstände in seiner Kompanie, deren Kommandeure die Kämpfer bei ihren Einsätzen bereits mehrfach im Stich gelassen haben – nämlich tagelang ohne Wasser, Nahrung, medizinische Versorgung, Militärgerät, Kommunikationsmittel und Munition. An einer Stelle in seiner Rede nannte er deren Befehle sogar "verbrecherisch", als es um den Befehl ging, ein von den russischen Truppen zurückgelassenes Dorf zu "säubern".

"Bevor wir in den Einsatz gingen, sagte der Kommandeur: Dort gibt es nur Okkupanten, es gibt keine Zivilisten dort, schießt auf alle Häuser, Fenster, Autos, werft Granaten in die Keller."

Der Soldat berichtete, dass es nicht möglich war, jedes Gebäude und Keller im Dorf zu inspizieren. Die Sturmtruppe musste in einem der Häuser übernachten. Am frühen Morgen sahen sie eine junge Frau, die mit einem drei Monate alten Baby aus einem danebenliegenden Keller herauskam. Als die Soldaten ihren Vorgesetzten darüber in Kenntnis gesetzt hatten, sagte der nur: "Das passiert eben auch, es ist Krieg."

"Ich denke also, dass es sich um einen verbrecherischen Befehl handelte", kommentiert der Soldat die Aufforderung zur "Säuberung".

Ob er und seine Kameraden tatsächlich alle diese Befehle ausgeführt haben und Granaten in die Keller warfen, bleibt unklar. Ein weiteres Problem, das der Sprecher der Soldaten immer wieder erwähnte, war auch das Verhältnis der Kommandeure zu den eigenen Verwundeten. Sie sollten erschossen werden, wenn deren Evakuierung nicht so leicht möglich war. Er zählte einige Kameraden auf, die wegen unterlassender medizinischer Hilfe verstarben.

Mit Ortskenntnis konnte man die Route dieser Einheit nachvollziehen. Im September war sie im Gebiet um die strategisch wichtige Stadt Isjum unterwegs, Ende des Monats marschierten sie in Richtung Krasny Liman – einen Ort im Norden der Donezker Volksrepublik, der vor etwa einer Woche von den russischen Einheiten zurückgelassen wurde.

Dabei war die ukrainische Einheit mehrfach unter starken Artilleriebeschuss der Russen geraten und konnte wegen fehlender Ausrüstung weder selbst das Feuer erwidern noch eine Unterstützung aus der Luft oder von der eigenen Artillerie bekommen. Einmal waren die Soldaten halb eingekesselt und mussten nachts neun Kilometer ohne Nachtsichtgeräte zurücklegen.

Das Video wurde am 4. Oktober aufgenommen – mit der Bitte, es in Medien und mit "sozial aktiven Menschen" zu teilen. "Mit solcher Führung wollen wir nicht in den Kampf ziehen", sagten die Soldaten. Sie betonten aber, dass sie sich nicht grundsätzlich weigern würden zu kämpfen, und riefen am Ende die offizielle ukrainische Parole "Ruhm der Ukraine, den Helden Ruhm".

Ukrainische Medien haben allerdings über diesen Vorfall nicht berichtet. Nach Angaben des russischen Militärportals Topwar bezeichneten die ukrainischen Offiziellen das Video als angeblich inszeniert.

Schilderungen der ukrainischen Soldaten decken sich jedoch mit vielen anderen Meldungen über das brutale Vorgehen der ukrainischen Streitkräfte gegen mutmaßlich nicht loyale Mitbürger. So wurden vor wenigen Tagen ukrainische Bürger in der Stadt Saporoschje beschossen, die in russisch kontrollierte Gebiete ausreisen wollten. Bis zu 30 Menschen [starben](#). Ende September wurden zwei Kinder in ein Lugansker Krankenhaus eingeliefert, deren Eltern beim Beschuss eines Flüchtlingskonvois im Gebiet Charkow starben. Nach Angaben der Lugansker Volksrepublik seien bei diesem Versuch, nach Russland zu fliehen, mindestens 30 Menschen getötet worden – RT [berichtete](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dc254b480cc350d429973.PNG>

*Soldaten der 25. Luftlande-Sturmbrigade während ihrer "Videobeschwerde"*

### 22:29 de.rt.com: **Josep Borrell: Am 17. Oktober könnte Ausbildungsmission für ukrainische Armee gestartet werden**

Am 17. Oktober könnte eine EU-Ausbildungsmission für die ukrainischen Streitkräfte ins Leben gerufen werden. Dies erklärte der EU-Diplomatiechef Josep Borrell. Wörtlich hieß es: "Ich hoffe, dass wir bei der nächsten Sitzung des EU-Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 17. Oktober unsere Ausbildungsmission für die ukrainischen Streitkräfte offiziell starten können."

Zuvor teilte Borrell mit, es handle sich dabei um eine europaweite Mission, bei der EU-Militärausbilder die ukrainische Armee im Umgang mit westlichem Militärgerät ausbilden würden, und zwar nicht in der Ukraine, sondern in einem Nachbarland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633dddfc48fbef67527e1440.jpg>

*Josep Borrell hält am 5. Oktober eine Rede bei einer Plenarsitzung im Europäischen Parlament*

### 22:54 de.rt.com: **Puschilin: Lage nahe Kremennaja-Siedlung in der LVR stabil**

Die Lage nahe der Siedlung Kremennaja in der Volksrepublik Lugansk stabilisiert sich und die verbündeten Einheiten bauen in dem Gebiet Befestigungen. Dies erklärte der amtierende Chef der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin am Mittwoch. In einer Rede im Fernsehsender Rossija 1 sagte er:

"Die schwierigste Richtung ist im Moment das Gebiet Krasny Liman. Nach den bekannten Ereignissen bauen unsere Einheiten eine Befestigungslinie in der Nähe der Siedlung Kremennaja. Die Situation kann im Moment als stabilisiert bezeichnet werden."

Am 1. Oktober meldete Generalleutnant Igor Konaschenkow, der Sprecher des russischen

Verteidigungsministeriums, dass sich die Truppen wegen der drohenden Einkreisung aus Krasny Liman in der Volksrepublik Donezk auf günstigere Positionen zurückgezogen hatten. Er wies darauf hin, dass russische Einheiten dort mehr als 200 ukrainische Soldaten eliminiert hätten, aber der Feind habe Reserven herangezogen und die Offensive mit einer deutlichen Überlegenheit an Mitteln fortgesetzt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633de311b480cc7338757da6.jpg>  
*Denis Puschilin*

#### **vormittags:**

#### **6:30 de.rt.com: Statistisches Bundesamt: Fast 30 Prozent der Deutschen fehlt Geld für unerwartete Ausgaben**

Inflation und hohe Energiepreise machen aktuell vielen zu schaffen. Doch schon im vergangenen Jahr hatte ein erheblicher Teil der Menschen in Deutschland keine Rücklagen, teilte das Statistische Bundesamt am Mittwoch mit. Das liegt zum Teil an dem niedrigen Lohnniveau, aber auch an den stetigen Teuerungen.

Fast ein Drittel der in Deutschland lebenden Menschen war im vergangenen Jahr nicht dazu in der Lage, unerwartete Ausgaben aus eigenen Finanzmitteln zu bestreiten. Wie das Statistische Bundesamt am Mittwoch [mitteilte](#), gelang es 31,9 Prozent der Bevölkerung demnach nicht, mit dem vorhandenen Budget spontan für Ausgaben in Höhe von 1.150 Euro oder mehr aufzukommen.

Niedriger fiel der Anteil etwa in Frankreich aus: Dort überstiegen unerwartete Ausgaben lediglich bei 27,6 Prozent der Bevölkerung die eigenen Finanzmittel. In den Niederlanden war der Anteil mit 15,1 Prozent am geringsten. In Rumänien, Kroatien, Griechenland, Zypern und Lettland verfügten den Angaben zufolge jeweils mehr als 40 Prozent der Bevölkerung nicht über ausreichende finanzielle Rücklagen für ungeplante größere Ausgaben.

In Deutschland liegt das vor allem auch an dem geringen Lohnspiegel. Laut der Behörde blieb einem Fünftel der Deutschen nach Abzug aller Steuern und sonstigen Abgaben 2021 lediglich ein Nettoeinkommen von unter 16.300 Euro im Jahr. Rund 40 Prozent hatten 2021 ein sogenanntes Nettoäquivalenzeinkommen, ein um Einspareffekte in Mehr-Personen-Haushalten bereinigtes Pro-Kopf-Einkommen von unter 22.000 Euro im Jahr wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Überdurchschnittlich oft vertreten in den unteren Einkommensgruppen waren 2021 Alleinerziehende und Haushalte mit zwei Erwachsenen und mindestens drei Kindern sowie Singles. Laut den Statistikern hatten 53,2 Prozent von ihnen weniger als 22.000 Euro netto im Jahr. Rund ein Drittel von ihnen musste gar mit weniger als 16.300 Euro auskommen. Dagegen waren Haushalte, in denen zwei oder mehr Erwachsene zusammenlebten, überwiegend den oberen Einkommensgruppen zuzuordnen. Zu jenen zählen Haushalte mit einem jährlichen Nettoeinkommen von mindestens 28.400 Euro.

50,1 Prozent der Ruheständler hatte 2021 nach Angaben der Wiesbadener Behörde weniger als 22.000 Euro netto zur Verfügung, fast ein Viertel sogar weniger als 16.300 Euro, Auch 55,4 Prozent der Studierenden hatten weniger als 22.000 Euro. Bei den Selbstständigen und Angestellten zählte hingegen knapp die Hälfte zu den zwei einkommensstärksten Gruppen. Die bereits seit Jahren stetig ansteigenden Energiepreise brachten 2021 außerdem 3,7 Prozent der Bevölkerung in Zahlungsverzug bei Versorgungsbetrieben, wie die Statistiker weiter mitteilten. Hierzulande war der Anteil der zahlungsunfähigen Menschen allerdings geringer als beispielsweise im Nachbarstaat Frankreich, wo er 7,1 Prozent betrug. Das geht aus Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat hervor. Mit 1,2 Prozent waren in den Niederlanden dagegen vergleichsweise wenige Personen bei der Begleichung von Rechnungen für Versorgungsleistungen im Rückstand.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d924048fbef67527e13ed.jpg>

#### 7:00 de.rt.com: **Russischer Botschafter in den USA warnt: Es gibt keinen begrenzten Nuklearkrieg**

In die Debatte um einen möglichen Einsatz von Atomwaffen, schaltete sich nun auch der russische Botschafter in den USA ein. Moskau bedrohe niemanden, aber wenn Russland zum Einsatz von Atomwaffen gedrängt werde, könnten sich die USA nicht mehr hinter einem Ozean verstecken, so der Botschafter.

Die USA riskieren ihre Zerstörung, indem sie sich auf eine nukleare Waghalsigkeit gegen Russland einlassen, warnte Anatoli Antonow, der russische Botschafter in Washington, und rief in Erinnerung, dass es so etwas wie einen "begrenzten nuklearen Konflikt" nicht gebe. Der russische Botschafter äußerte zudem, dass amerikanische Militärplaner "offensichtlich die Hoffnung hegen, dass die Vereinigten Staaten in der Lage sein würden, hinter dem Ozean Deckung zu finden", sollten in Europa Atomwaffen eingesetzt werden, und warnte ausdrücklich vor einem solchen Wagnis.

"Man kann davon ausgehen, dass jeder Einsatz von Atomwaffen schnell zu einer Eskalation von einem lokalen oder regionalen Konflikt zu einem globalen Konflikt führen wird", schrieb er in einem Meinungsartikel, der am Mittwoch im Magazin The National Interest publiziert wurde. Das Risiko einer Eskalation gehe von den USA aus und nicht von Russland, schrieb Antonow. Washington dringe seit Jahrzehnten mit der NATO-Osterweiterung an die russischen Grenzen heran und habe verschiedene strategische Verträge über Rüstungskontrollen mit Russland aufgelöst.

Moskaus Einwände darüber, dass dadurch die russische nationale Sicherheit kompromittiert werde, seien einfach ignoriert worden, fügte der Diplomat hinzu, was Russlands Führung zu der Annahme veranlasste, dass die USA "strategische Vorteile erlangen wollen, insbesondere bei der Konfrontation mit Russland", um eine "globale militärische Dominanz zu erreichen". Der heutige Botschafter Russlands in den USA war vor seinem Amtsantritt in Washington im russischen Außenministerium mit Fragen der nuklearen Abrüstung, der militärischen Transparenz und der Reduzierung strategischer Risiken befasst.

Laut Antonow sei die anhaltende Krise in der Ukraine durch die Fortsetzung einer Politik verursacht worden, auf die Moskau militärisch reagieren musste. Wenn Russland glaubt, dass seine Existenz durch die USA und ihre Verbündeten bedroht ist, wird es seine Atomwaffen einsetzen, so wie es in seiner Militärdoktrin steht.

Offizielle Regierungskreise der USA würden dabei die Äußerungen der russischen Führung zu dieser Doktrin verdrehen, um die Spannungen weiter eskalieren zu lassen, schrieb der Diplomat weiter. Washington versuche dabei auch, das eigene Volk sowie andere Nationen mit "vorgetäuschten russischen nuklearen Drohungen" in Angst zu versetzen. Er forderte die USA auf, ihre feindselige Rhetorik und Politik zu mäßigen, die nationalen Sicherheitsinteressen Russlands zu respektieren, und sich allen nuklear bewaffneten Nationen anzuschließen und ihr Versprechen zu erneuern, darauf hinzuarbeiten, jeglichen Einsatz von Atomwaffen zu vermeiden.

Spekulationen, dass Russland sein Nukleararsenal einsetzen könnte, um ein Scheitern in einem konventionellen Krieg zu kompensieren, sind in den westlichen Medien mittlerweile weit verbreitet, seit Moskau Ende Februar Truppen in die Ukraine entsandte. Die jüngste Runde von Spekulationen und Warnungen hochrangiger Offizieller im Westen erfolgte als Reaktion auf eine Ansprache des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der vergangenen Woche. Darin sagte er, die USA wollten Russland auf die gleiche Weise aufspalten, wie die Sowjetunion nach ihrem Zusammenbruch aufgespalten wurde, und warnte, dass Moskau alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen werde, um die territoriale Integrität Russlands zu schützen.

Der Botschafter gab auch zu bedenken, dass Washingtons Entscheidung, noch mehr Militärhilfe für die Ukraine zu leisten, eine Bedrohung für die Interessen Moskaus darstellt und das Risiko eines militärischen Zusammenstoßes zwischen Russland und dem Westen erhöht.

"Wir nehmen dies als unmittelbare Bedrohung der strategischen Interessen unseres Landes wahr", schrieb Antonow auf seinem Telegram-Kanal.

"Die Lieferung von militärischer Ausrüstung durch die USA und ihre Verbündeten zieht nicht nur langwieriges Blutvergießen und neue Opfer nach sich, sondern erhöht auch die Gefahr eines direkten militärischen Zusammenstoßes zwischen Russland und westlichen Ländern."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633d7f0e48fbef6638298fc2.jpg>

### 7:30 de.rt.com: **Gebietsverwaltung Saporoschje: Kiew schickt mehr Soldaten in die Offensive als während der gesamten Militäroperation**

Die ukrainischen Streitkräfte haben für ihre Vorstöße im Gebiet Saporoschje mehr Soldaten und Waffen zusammengezogen als während der gesamten Militäroperation zuvor. Dies berichtete Wladimir Rogow, der Vorsitzende der Bewegung "Wir sind zusammen mit Russland", gegenüber der Nachrichtenagentur TASS.

"Man kann nicht von einer Minderung des gegnerischen Offensivpotenzials am Frontabschnitt von Saporoschje sprechen."

Rogow fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte immer höhere Verluste erleiden, diese aber schnell ersetzen. Die Kampfhandlungen würden von Briten koordiniert. Einen etwas niedrigeren Status hätten andere Ausländer und Westukrainer, während ukrainische Militärs die Bewohner des Gebiets Saporoschje als "Kanonenfutter" bezeichneten.

#### 7:46 de.rt.com: **Umfrage: Unterstützung für die Ukraine sinkt in den EU-Mitgliedsstaaten**

Vor dem Hintergrund der andauernden Spannungen zwischen Kiew und Moskau geht die Zahl der Europäer zurück, die Waffenlieferungen an die Ukraine und die Aufnahme von Flüchtlingen befürworten. Die italienischen Bürger unterstützen die Ukraine am wenigsten. Die Unterstützung für Waffenlieferungen an die Ukraine und die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Land ist in der EU-Öffentlichkeit zurückgegangen, wie eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "eupinions" [ergeben](#) hat. Doch werden die Maßnahmen zur Unterstützung Kiews im Konflikt mit Moskau weiterhin von der Mehrheit der Europäer befürwortet, wie die Umfrage zeigt. Die Ergebnisse der Umfrage, die im Juni in 27 EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt worden ist, wurde am Mittwoch veröffentlicht.

Demnach befürworten 60 Prozent der gesamten EU-Bevölkerung die Lieferung von Waffen an Kiew. Wenn man die Umfrageergebnisse in den einzelnen Ländern betrachtet, werden die Lieferungen in Polen am stärksten unterstützt. Dort sprachen sich 84 Prozent der Befragten dafür aus. In Italien befürworteten mittlerweile nur noch 42 Prozent diese Maßnahme. In einer Zusammenfassung der Studie hieß es:

"Italien ist der einzige Mitgliedstaat, in dem sich eine Mehrheit der Bürger gegen die Lieferung von Waffen ausgesprochen hat."

60 Prozent der Befragten meinten, dass die EU-Behörden der Ukraine Waffen zur Verfügung stellen sollten, während 54 Prozent es vorzogen, dass diese direkt von ihren Heimatländern ausgegeben werden. Eine ähnliche Umfrage, die von "eupinions" im Mai veröffentlicht worden war, hatte gezeigt, dass 64 Prozent in der Union Waffenlieferungen befürworten. Dazwischen hatte Moskau die USA sowie die Europäische Union wiederholt für ihre Waffenlieferungen an Kiew kritisiert und gewarnt, dass diese Maßnahmen die Kämpfe nur verlängere und das Risiko einer direkten Konfrontation zwischen Russland und der NATO erhöhe.

Der Umfrage zufolge ist die Unterstützung für die Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in der EU seit März um 5 Prozent auf 81 Prozent zurückgegangen. Am stärksten wird sie in Deutschland, Italien und Spanien unterstützt, mit 83 Prozent, 84 Prozent und 90 Prozent Befürwortern, und am wenigsten in Polen von 77 Prozent und in Frankreich von 76 Prozent der Befragten.

Die Studienteilnehmer mussten außerdem das Land nennen, das sie für den vertrauenswürdigsten Verbündeten der EU hielten, wobei 77 Prozent sagten, es seien die USA. Die größte Unterstützung für die Vereinigten Staaten als Verbündete findet sich in Polen mit 91 Prozent und die geringste in Italien mit 71 Prozent. Nur zehn beziehungsweise dreizehn Prozent der Europäer betrachten China und Russland als vertrauenswürdige internationale Verbündete.

Insgesamt kamen die Autoren dieser Umfrage zu dem Schluss, dass in der EU "Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr von Russland nach wie vor beliebt" seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633da63cb480cc21bf2e1f41.jpg>  
*Pro-Ukrainische Demonstrantin vor dem Parlament von Queensland in Brisbane am 24. September 2022*

### 8:36 de.rt.com: **Enormes Potenzial und große Herausforderungen – Bestandsaufnahme nach dem Beitritt der neuen Gebiete**

Mit der Aufnahme in die Russische Föderation bringen die Gebiete im Osten und Süden der Ukraine Boden- und Agrarschätze sowie Seehäfen, Bergbauminen und Landwirtschaft mit. Was können die neuen Regionen zu Russlands Wirtschaft beitragen?

Am Montag hat die russische Staatsduma die Staatsverträge über den Beitritt der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje zur Russischen Föderation ratifiziert. Die vier Territorien stimmten im September in Referenden mit überwältigender Mehrheit für eine Aufnahme in die Russische Föderation. Ökonomen vertreten die Meinung, dass die Wiederherstellung der vom Konflikt verwüsteten Gebiete enorme Investitionen erfordern wird, weisen jedoch auch darauf hin, dass die Erträge daraus enorm sein könnten. RT fasst die wirtschaftlichen Kosten und Nutzen der Aufnahme der Gebiete in die Russische Föderation zusammen.

#### **1. Wie sind die neuen Regionen strukturiert?**

Die Gesamtfläche des Donbass, Cherson und Saporoschje beträgt fast 109.000 Quadratkilometer oder mehr als 15 Prozent der ehemaligen Gesamtfläche der Ukraine. In den Territorien, die über mehr als 5,6 Millionen Hektar Ackerland verfügen, lebten vor 2014 mehr als acht Millionen Menschen. Moskau muss noch die zukünftigen Grenzen von Cherson und Saporoschje festlegen, die in Teilen noch immer von ukrainischen Truppen kontrolliert werden.

#### **2. Was sind die Treiber der Wirtschaft im Donbass?**

Der Donbass mit seiner auf Kohle basierenden Wirtschaft war das industrielle Kernland der Ukraine. Auf die DVR entfielen bis 2014 20 Prozent der Industrieproduktion des Landes. Die mineralreiche Region verfügt über das viertgrößte Gebiet für Kohleabbau in Europa, dessen Reserven auf über 10 Milliarden Tonnen geschätzt werden. Im Februar waren im Donbass 115 Bergbauminen in Betrieb, die jährlich rund 70 Millionen Tonnen Rohstoffe förderten. Zudem befinden sich acht Kraftwerke in der Region Donezk.

Die LVR ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt und bekannt für ihre Metallurgie-, Maschinen- und Agrarindustrie. Es gibt zudem chemische und pharmazeutische Fabriken und mehrere Minen für den Kohleabbau. Durch die Republik führen eine Reihe wichtiger Transitautobahnen. Laut den Behörden der LVR ist das landwirtschaftliche Potenzial groß, wobei der Schwerpunkt auf dem Anbau von Getreide liegt.

#### **3. Warum ist Saporoschje wichtig?**

Das Gebiet Saporoschje war mit seinen drei mächtigen Energieerzeugern das Zentrum der Energieversorgung der Ukraine. Es beheimatet das Kernkraftwerk Saporoschje, das größte Kernkraftwerk in Europa, das Wasserkraftwerk Dnjepr und den Windpark Botiewo. In den

Jahren 2019 bis 2020 produzierte Saporoschje etwa 40 Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr, was etwa 25 bis 27 Prozent des gesamten Energiesektors der Ukraine entsprach. Die Region verfügt über eine Reihe großer Industrie- und Maschinenbauanlagen, darunter die Saporoschje Automobil Fabrik (ZAZ) mit einem Produktionsausstoß von 150.000 Fahrzeugen pro Jahr. Der Dnjepr, der Kachowkaer Stausee und das Asowsche Meer spielen eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft von Saporoschje, wo auch ein großes Potenzial für die industrielle Fischzucht liegt.

#### **4. Welche Bedeutung hat Cherson?**

Das Gebiet Cherson ist auf den Schiffbau fokussiert und zudem für seine Urlaubsresorts und Landwirtschaft bekannt. Mit fast 20.000 Quadratkilometern verfügt die Region über die größte Fläche an Ackerland der ehemaligen Ukraine. Das Gebiet produziert Getreide, Sonnenblumen und Gemüse. Das fruchtbare Land erlaubt zwei, manchmal sogar drei Ernten pro Saison. Weitere traditionelle Wirtschaftszweige sind die Viehzucht und der Weinbau. Es ist geplant, auf dem Territorium von Cherson, das Zugang zum Asowschen und zum Schwarzen Meer hat, eine Urlaubs- und Tourismusindustrie zu entwickeln.

#### **5. Vor welchen Herausforderungen steht Russland?**

Die neuen Gebiete haben unglaubliches landwirtschaftliches und industrielles Potenzial, aber auch eine stark degradierte Infrastruktur, da Kiew in den vergangenen 30 Jahren dort keine Investitionen getätigt hat. Das Hauptanliegen der russischen Regierung besteht darin, diese Gebiete in die russische Wirtschaft zu integrieren und ihnen dabei zu helfen, das wirtschaftliche Entwicklungsgefälle zu überwinden und sich von der durch den Konflikt verursachten Zerstörung zu erholen. Zunächst wird Moskau die Haushalte der vier Regionen finanzieren. Experten sagen voraus, dass in Zukunft, wenn sich die Integration vertieft hat und die Wirtschaft wieder angelaufen ist, sich das Volumen der Transfers aus dem föderalen Haushalt zunehmend verringern wird.

#### **6. Welchen wirtschaftlichen Beitrag werden die neuen Gebiete leisten?**

Alle vier Territorien haben eine äußerst vorteilhafte geographische Lage. Mit ihren Häfen und Seeverbindungen zum Süden Russlands bieten sie enorme Möglichkeiten. Der Zugang zum wichtigen Seehafen von Mariupol am Asowschen Meer bedeutet eine potenzielle Steigerung der Lieferungen von Kohle und anderen Waren nach Afrika und in südasiatische Länder. Die Regionen können dazu beitragen, sowohl die Ernährungssicherheit des Landes zu gewährleisten als auch die Exportlieferungen in befreundete Staaten zu erhöhen.

#### **9:42 (8:42) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): Russische Drohnen griffen die Kaserne der Streitkräfte der Ukraine in der Nähe von Kiew an – Medien**

Kamikaze-Drohnen haben die Stadt Belaja Zerkwa in der Nähe von Kiew angegriffen, sagte der Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung der Hauptstadt der Ukraine, Alexej Kuleba. "In der Nacht hat der Feind Belaja Zerkwa mit Kamikaze-Drohnen angegriffen. Es gibt insgesamt sechs Treffer und Explosionen. Die Beseitigung der Folgen des Beschusses geht weiter. Alle notwendigen Dienste, 57 Retter und 15 Fahrzeuge des staatlichen Rettungsdienstes sind im Einsatz. An Ort und Stelle wird das Feuer noch gelöscht", sagte Kuleba in seinem Telegram-Kanal.

Ukrainische Medien stellten fest, dass Drohnen zum ersten Mal in der Lage waren, eine solche Entfernung von der unmittelbaren Frontlinie zu fliegen und trotz des dichten Luftverteidigungssystems um Kiew „ein Ziel anzugreifen, das 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernt liegt“. Dabei wurde weder in ukrainischen Veröffentlichungen noch in der Aussage von Kuleba mitgeteilt, welche Objekte angegriffen wurden.

Auch Fotos und Videos von Bränden nach dem Drohnenangriff auf Belaja Zerkwa verbreiteten sich im Internet. Danach berichtete LVR-Polizeioberst Witali Kiseljow, dass eine Kamikaze-Drohne die Kaserne der ukrainischen 72. Separaten-Mechanisierten Brigade angegriffen habe.

8:43 de.rt.com: **DVR: Drei Zivilisten bei Beschuss durch ukrainische Artilleristen getötet**  
Am Mittwoch sind in der Donezker Volksrepublik beim Beschuss durch ukrainische Einheiten drei Zivilisten ums Leben gekommen, sechs weitere wurden verwundet. Dies [meldet](#) der Stab für Territorialverteidigung der DVR auf Telegram.

Weiter gibt die Behörde [bekannt](#), dass das ukrainische Militär seit den Morgenstunden die Stadt Makejewka unter Beschuss nimmt. Nach vorläufigen Angaben wurde hierbei ein Zivilist verwundet.

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 06.10.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 70 Mann;
- 1 Panzer;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 2 befestigte Feuerpunkte;
- 10 Spezialfahrzeuge.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 5. Oktober haben sie mehr als 5 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nowoalensandorowka und Wokodajewo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR haben Freiwillige der Volksfront humanitäre Hilfe für Flüchtlinge aus der DVR nach Stschastje und Wesjolaja Tarassowka geliefert.

9:10 de.rt.com: **USA stocken Medikamente für Einsatz bei nuklearen Notfällen auf**

Mitten in immer wieder hochkochenden Diskussionen um eine mögliche nukleare Eskalation im Ukraine-Konflikt lässt eine Meldung aufhorchen: Das US-Gesundheitsministerium (HHS) stockt seinen Bestand an Medikamenten für den Einsatz in radiologischen und nuklearen Notfällen auf.

Am Mittwoch erklärte das US-Gesundheitsministerium (HHS), dass es 290 Millionen US-Dollar (290 Millionen Euro) bereitstellt, um eine ungenannte Menge des Amgen-Medikaments Nplate zur Behandlung von Blutzellschäden im Zusammenhang mit der Strahlenkrankheit bei Kindern und Erwachsenen zu sichern.

Die Strahlenkrankheit tritt auf, wenn der Körper einer Person einer hohen Dosis durchdringender Strahlung ausgesetzt ist, die in der Lage ist, "innere Organe innerhalb von Sekunden zu erreichen", erklärte das HHS in einer Mitteilung. ARS-Verletzungen können zu Symptomen wie einer gestörten Blutgerinnung aufgrund niedriger Thrombozytenzahlen führen, die unkontrollierte und möglicherweise "lebensbedrohliche" Blutungen auslösen können.

Das Medikament von Amgen ist ansonsten für Kinder und Erwachsene mit der Blutkrankheit Immunthrombozytopenie zugelassen, bei der die Patienten unter einer niedrigen Anzahl von Blutplättchen leiden.

Das Gesundheitsministerium hat die Gründe für die Aufstockung der Nplate-Vorräte nicht kommentiert. Auch nicht im Hinblick auf einen Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633e79c048fbef6a94582ec7.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 06.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **254 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **10 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses **starben 3 Zivilisten, 6 wurden verletzt**. 12 Häuser und 5 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 1 Haubitze M777, 1 Mehrfachraketenwerfer „Grad“, 5 Panzerfahrzeuge und 3 Drohnen. Die Verluste an Personal des Gegners betragen 60 Mann.

Derzeit gehen Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

**9:34 de.rt.com: Russlands Botschafter in den USA: Werden Krim und neue Gebiete verteidigen**

Russland wird die Krim, den Donbass sowie die Gebiete Cherson und Saporoschje als einen "integralen Bestandteil" des Landes verteidigen. Dies verkündete der russische Botschafter in den USA Anatoli Antonow. In einer Ausstrahlung des Senders Perwy kanal erklärte er: "Die heutige Krise nimmt nach der Aufnahme dieser vier neuen Gebiete einen anderen Inhalt an, denn die Angriffe richten sich nunmehr gegen unser Territorium, was nicht hinnehmbar ist. Zudem werden dabei US-amerikanische Waffen verwendet."

Zuvor hatte Antonow gewarnt, dass Angriffe mit US-amerikanischen Waffen gegen die neuen Gebiete die USA zu einer Kriegspartei machen werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633e838648fbef68453c64a6.jpg>

Anatoli Antonow

10:44 (9:44) novorosinform.org: **Ukrainische Truppen, die im Norden von Cherson vorrückten, wurden abgewehrt – Regionalbehörden**

Die russischen Streitkräfte stoppten den Vormarsch der ukrainischen Truppen im Norden der Region Cherson. Dies teilte der stellvertretende Leiter der Regionalverwaltung Kirill Stremousow gegenüber RIA Novosti mit.

Ihm zufolge gibt es keinen Rückzug der Alliierten in Richtung Cherson.

„Der Vormarsch ukrainischer Nazis und ausländischer Söldner in den nördlichen Teil der Region wurde an den von unserem Militär errichteten Verteidigungslinien gestoppt“, betonte Stremousow.

Die russischen Truppen seien gut motiviert und "stehen bis zum Tod", so der Beamte, weshalb die ukrainischen Sicherheitskräfte die Verteidigungslinie nicht durchbrechen könnten.

Nach Angaben der Behörden, besetzten Streitkräfte der Ukraine besetzten am Vorabend Siedlungen in der «Grauzone».

Am Donnerstag schossen die russischen Streitkräfte zwei Kiewer Drohnen in der Nähe der Antonowskij-Brücke bei Cherson ab.

10:19 de.rt.com: **Katars Energieminister: "Ohne Gas aus Russland kann Europa nicht bestehen"**

Katars Energieminister Saad al-Kaabi räumt in einem ausführlichen Interview mit Vorstellungen der EU und Deutschlands über den angestrebten Verzicht auf russisches Gas auf. Laut Al-Kaabi kann die EU russisches Gas dauerhaft nicht aus anderen Quellen ersetzen. In einem [Interview](#) mit der auf Nachrichten aus dem Bereich Energie und Energieträger spezialisierten Agentur Energy Intelligence räumt Katars Energieminister Saad al-Kaabi mit den Vorstellungen der EU und Deutschlands auf, Europa könne von Gas aus Russland vollständig unabhängig werden. Deutschland und die EU werden seiner Einschätzung nach nicht dauerhaft auf russisches Gas verzichten können.

Auf die Frage, ob er denke, das Europa Gaslieferungen aus Russland ersetzen könnte, antwortet al-Kaabi: "Nein, sie werden auf russisches Gas zurückgreifen müssen. Ich hoffe, dass es irgendwann ein Ende dieser Krise gibt. Dass es Vermittlungen gibt, die Europa Frieden bringen und hoffentlich etwas von dem russischen Gas zurückbringen werden, um Europa zu unterstützen. Wenn Sie sich vorstellen, dass mehr als zwei Winter lang kein russisches Gas nach Europa kommt, denke ich, dass es sehr schwierig werden wird."

Laut al-Kaabi gibt es keine schnelle Lösung für das Versorgungsproblem der EU. Es seien umfangreiche gemeinsame Anstrengungen nötig, um in eine nennenswerte Menge an Gas in die EU umzuleiten. Dabei sei wichtig, dass Gesetzgeber und Regierungen langfristig planen.

Es könne nicht immer nur heißen, "wir müssen grün, grün, grün werden", ohne über den Übergang zu sprechen. Für diesen Übergang sei Gas unabdingbar, führt der Minister aus. Gas werde benötigt, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Gas sei der Energieträger, der für lange Zeit die Grundlast abdecken könne und sei daher noch für mehrere Jahrzehnte unverzichtbar.

Katar hat auch gegenüber dem deutschen Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) bei seinem Besuch in Doha im März deutlich gemacht, dass es aktuell die Versorgungslücke für Deutschland und Europa durch die Lieferung von Flüssiggas nicht schließen kann. Selbst mittelfristig wird Katar Gaslieferungen aus Russland nicht vollständig ersetzen können, wie aus Zahlen hervor geht, die der Energieminister nennt. Zwar erhöht Katar seine Produktion und investiert umfassend in die Erschließung neuer Felder und die dazugehörige Infrastruktur, hat dabei auch Europa als Markt im Blick, wird aber mit den von al-Kaabi genannten Förderkapazitäten keine Alternative zu russischen Lieferungen sein.

Al-Kaabi wirft ein Schlaglicht auf die Organisation des europäischen Gasmarktes, die der Versorgungssicherheit nicht dienlich sei. Europäische Regierungen wollten Gas kaufen, könnten aber nicht, weil die dazugehörige Logistik fehle. Zudem erfolge der Kauf dann von privaten Unternehmen, bei denen das Risiko liege. Ob die Regierungen im Zweifelsfall das Risiko übernehmen, sei nicht klar. Für Katar sei das ein Problem.

Ein weiteres Problem sei die Nachfrage. Durch die Schließung von Produktionsstätten, bedingt durch die hohen Energiepreise, ginge auch die Nachfrage zurück. Al-Kaabi deutet damit an, dieser Rückgang sei dauerhaft, weil die entsprechenden Industrien ihre Produktionsstätten schließen oder dauerhaft ins Ausland verlagern könnten. Von einem radikalen Eingriff in den Markt, wie ihn die EU mit einem Preisdeckel für Öl und Gas vorsieht, hält der Energieminister nichts. Preisdeckel würden das Problem nicht lösen, dafür aber Investoren dauerhaft abschrecken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633e80f548fbef679f0ddf54.jpg>  
Saad Sherida Al-Kaabi, Minister für Eneregie in Katar, bei einem Treffen der OPEC in Wien

11:37 (10:37) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Russische Truppen zerstörten die Kommandozentrale der Streitkräfte der Ukraine in Odessa**

Der Angriff auf den Kommandoposten wurde mit Geran-2-Kamikaze-Drohnen durchgeführt. Am Mittwochabend, dem 5. Oktober, griffen russische Truppen erfolgreich das Hauptquartier des Operationskommandos der Streitkräfte der Ukraine im Zentrum von Odessa an. Dies teilte der Vertreter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje und der Leiter der öffentlichen Bewegung „Wir sind zusammen“ Wladimir Rogow in seinem Telegram-Kanal mit.

"Vier Explosionen im Zentrum von Odessa in der Pirogow-Straße sind das Ergebnis eines direkten Treffers von fliegenden ‚Mopeds‘ auf das Hauptquartier des Operationskommandos des Südens der Streitkräfte der Ukraine (das ehemalige Hauptquartier des Militärbezirks von Odessa)." schrieb er.

10:38 de.rt.com: **EU-Kommissar über Kiews Antrag auf NATO-Beitritt: "Dies ist symbolische Demarche"**

Kiew kann der NATO nicht beitreten, solange im Land Feindseligkeiten stattfinden. Dies sagte Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, am Donnerstag dem französischen Fernsehsender BFM:

"Selenskij hat die Aufnahme der Ukraine in die NATO gefordert, aber wie wir wissen, kann die Frage eines Beitritts zur Allianz nicht gestellt werden, solange auf ukrainischem Territorium Feindseligkeiten stattfinden. Genau dies passiert derzeit in der Ukraine und es ist schwer zu sagen, wann dies enden wird."

Es handele sich um eine politische, eine symbolische Demarche, so der Kommissar.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633e928a48fbef679f0ddf6c.jpg>

Thierry Breton

11:39 (10:39) novorosinform.org: **Ukrainischen Studenten ausländischer Universitäten ist es untersagt, ins Ausland zu reisen**

Ukrainische Studenten ausländischer Universitäten schickten offene Briefe an die Kiewer Behörden mit der Bitte, ihnen die Rückkehr zum Studium im Ausland zu ermöglichen, aber „der Generalstab ist nicht geneigt“, berichtet der Insiderkanal „Resident“.

Der Autor des Kanals stellt fest, dass ukrainische Studenten versuchen, ihr Recht durchzusetzen und zum Studium an ausländische Universitäten zurückzukehren, dies jedoch nicht dürfen, illegal direkt an der Grenze angehalten und zurückgeschickt werden. Aus diesem Grund sandte die Studentengemeinschaft der Ukraine offene Briefe an Präsident Wladimir Selenskij und den Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine Waleri Saluschny mit der Bitte, dieses Problem zu lösen.

Aus den Briefen ging hervor, dass Studenten aus Russland und Weißrussland nach Europa reisen und ihr Studium fortsetzen konnten, aber die Ukraine habe dieses Problem nicht gelöst.

Der Autor des Kanals äußerte Zweifel, dass sie dieses Problem grundsätzlich lösen wollen.

"Studenten versuchen, von den Behörden Gerechtigkeit zu erlangen, aber der Generalstab hat eine prinzipielle Position zur Ausreise von Ukrainern ins Ausland bezogen. Im kommenden Jahr wird es keine Erleichterung geben, solange in der Ukraine Krieg herrscht, wird die Grenze geschlossen werden", hieß es in der Nachricht.

11:12 de.rt.com: **Kiew zieht große Mengen an Kriegsgerät am Frontabschnitt Cherson zusammen**

Das ukrainische Militär hat am Chersoner Frontabschnitt eine große Menge an Kriegsgerät, darunter zahlreiche Militärfahrzeuge aus NATO-Ländern, zusammengezogen. Dies meldete der stellvertretende Verwaltungschef des Gebiets Kirill Stremousow. Er erklärte der Nachrichtenagentur TASS:

"Ja, es gibt viel davon, eine große Menge an NATO-Technik, irgendwelche türkische Maschinen, irgendwelche Panzer. Sie greifen an, sie haben mehr Leute. Doch unsere Jungs, unsere Soldaten halten die Stellung."

Stremousow fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte bei ihren Angriffen täglich bis zu 300 Soldaten verlieren. Die Lage im Gebiet sei unter Kontrolle, Kiews Militär könne keine Geländegewinne erzielen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633e99a1b480cc69b4777fcd.jpg>

*Ukrainische Soldaten auf einem US-amerikanischen M113-Schützenpanzer*

#### 11:37 de.rt.com: **Drohnen treffen Ziele nahe Kiew: NATO besorgt über Einsatz iranischer Kampfdrohnen durch Russland**

Kamikaze-Drohnen sollen das Hauptquartier der 72. Brigade der Ukraine in Belaja Zerkow nördlich von Kiew ins Visier genommen haben. NATO beobachtet derzeit mit wachsender Sorge, wie erfolgreich die Russen Drohnen aus iranischer Produktion in der Hafenstadt Odessa und nun auch anderen Städten einsetzen.

Die russische Armee hat erstmals nach Reuters-Informationen Ziele nahe der ukrainischen Hauptstadt mit Kamikaze-Drohnen angegriffen. In der Nacht zum Donnerstag hatte es in der Hauptstadt und dem angrenzenden Gebiet über drei Stunden lang Luftalarm gegeben. Den Luftstreitkräften zufolge sind insgesamt zwölf iranische Drohnen aus südlicher Richtung auf Ziele geflogen. Medienberichten zufolge soll eine Kaserne in Belaja Zerkow ein Ziel gewesen sein. Zugleich machen Berichte die Runde, dass Kamikaze-Drohnen das Hauptquartier der 72. Brigade der Ukraine in Belaja Zerkow ins Visier genommen hatten. Von Belaja Zerkow liegen die nächsten russischen Positionen rund 380 Kilometer in südlicher Richtung entfernt.

"In der Nacht hat der Feind mit Kamikaze-Drohnen vom Typ Schahed-136 Angriffe auf Belaja Zerkow durchgeführt", erklärte Alexei Kuleba, Gouverneur der Region Kiew. "Eine Person wurde verletzt. Mehrere Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt", sagte er weiter.

Die Anwohner vor Ort sagten gegenüber Reuters, sie hätten vier Explosionen kurz hintereinander gehört, gefolgt von zwei weiteren über eine Stunde später. "Ich habe den ersten Einschlag gehört, den zweiten habe ich gesehen und gehört. Es gab ein dröhnendes Geräusch, und dann 'Bumm', gefolgt von einer Explosion", sagte der 80-jährige Wladimir, der gegenüber dem betroffenen Gebäude wohnt.

Im vergangenen Monat meldete die Ukraine die ersten russischen Angriffe mit Drohnen aus iranischer Produktion, die jedoch bislang hauptsächlich den Süden des Landes, einschließlich der strategisch wichtigen Stadt Odessa am Schwarzen Meer, zum Ziel hatten.

Im NATO-Hauptquartier in Brüssel beobachtet man nach Informationen von Business Insider derzeit mit wachsender Sorge, wie erfolgreich die Russen diese Fluggeräte in der Hafenstadt und anderen Städten einsetzen. "Die Drohnen bereiten der Ukraine Probleme", sagt ein hochrangiger NATO-Vertreter im Gespräch mit Business Insider. Diese Fluggeräte fliegen mit

200 Kilometern pro Stunde auf ihr Ziel zu, sind dabei lediglich zweieinhalb Meter breit und nur 200 Kilogramm schwer. Für Radargeräte sind sie schwer zu orten, da sie auch tief fliegen. Iran bestreitet, die Drohnen an Russland geliefert zu haben, und der Kreml hat sich nicht zu dieser Angelegenheit geäußert. Kiew erklärt, Moskau habe im September damit begonnen, iranische Drohnen auf dem Schlachtfeld einzusetzen. Wegen Drohnen-Lieferungen an Russland wies die Ukraine kürzlich den Botschafter Irans aus. Die von Iran gebauten Schahed-136-Drohnen sollen Ende September ein Munitionslager der ukrainischen Armee im Hafen von Odessa angegriffen und NATO-Waffenlieferungen zerstört haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633e878448fbef67527e1479.jpg>

*Luftangriff auf Belaja Zerkow südwestlich von Kiew durch russische Drohnen aus iranischer Produktion am 5. Oktober 2022*

#### 11:43 de.rt.com: **Donezker Volksmiliz meldet bis zu 60 getötete ukrainische Militärangehörige**

Die ukrainischen Truppen sollen in den vergangenen 24 Stunden bis zu 60 Soldaten, eine M777-Haubitze, drei Drohnen und ein Mehrfachraketenwerfersystem vom Typ BM-21 verloren haben. Dies meldet die Donezker Volksmiliz am Donnerstag auf Telegram. In der Erklärung hieß es:

"Die Soldaten der Donezker Republik haben gemeinsam mit den russischen Streitkräften folgende feindliche Waffen und militärische Ausrüstung zerstört: Eine M777-Haubitze, ein Grad-Mehrfachraketenwerfersystem, fünf gepanzerte Fahrzeuge und drei Drohnen. Bis zu 60 ukrainischen Soldaten sind ums Leben gekommen."

Unterdessen setzen die Truppen der Volksmiliz die Räumung des Territoriums von PFM-1 Lepestok-Antipersonenminen fort.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633e9ab4b480cc6d415dd085.jpg>

g

*Ein Soldat der Volksmiliz demonstriert ein Fragment einer Lepestok-Mine in der Nähe des Dorfes Spornoje in der Donezker Republik, 2. Oktober*

**nachmittags:**

12:14 de.rt.com: **Putins Dekret: Einberufung von Studenten ausgesetzt**

Der Pressedienst des Kremls hat am Donnerstag ein Dekret [veröffentlicht](#). Es gewährt Studenten, Aspiranten, Assistenzärzten und weiteren Kategorien von Studenten einen Aufschub der Teilmobilmachung.

Studenten, die in Vollzeit oder Teilzeit an staatlich anerkannten Hochschulen, Berufsschulen, Forschungseinrichtungen sowie an den innovativen wissenschaftlichen und technologischen Zentren sowie geistlichen und pädagogischen Einrichtungen studieren, werden nicht mobilisiert. Dies gilt für diejenigen, die zum ersten Mal eine entsprechende Bildung erwerben.

Putin erläuterte, das Verteidigungsministerium habe schon seit langem mitgeteilt, dass bestimmte Kategorien von Bürgern nicht im Rahmen der Teilmobilmachung eingezogen werden müssten. Doch seien diese Entscheidungen nicht in den Dokumenten enthalten gewesen, sodass nun Anpassungen vorgenommen worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633ea7f5b480cc6b2e7490e9.jpg>

*Studenten bei einer Vorlesung an der Lomonossow-Universität Moskau*

12:39 de.rt.com: **Wiederaufbau des Mariupoler Flughafens beginnt**

Der Wiederaufbau des Flughafens von Mariupol hat begonnen und wird zwei Jahre in Anspruch nehmen. Dies berichtete laut Angaben der Donezker Nachrichtenagentur (DAN) der Regierungsvorsitzende der DVR Witali Chozenko. Er erklärte:

"Im Auftrag des stellvertretenden Regierungsvorsitzenden Russlands Marat Chusnullin wird der Flughafen in den nächsten zwei Jahren betriebsbereit sein. Der Terminal wurde durch ukrainischen Beschuss stark zerstört. Spezialisten untersuchen die Gebäude, um festzustellen, was restauriert werden kann und was neu aufgebaut werden muss. Nach dem heutigen Stand wurden dank den Sappeuren die Minenräumarbeiten beendet und die Projektplanung begonnen."

Chozenko fügte hinzu, dass der Flughafen sowohl für zivile als auch für militärische Nutzung geeignet sein werde.

Ursprünglich war der Flughafen von Mariupol von der Sowjetunion im Jahr 1931 errichtet

worden. Er beförderte bis zu 120.000 Fluggäste jährlich und erhielt im Jahr 2004 den Status eines internationalen Flughafens. Im Jahr 2014 wurde der Flughafen geschlossen und zu einem Foltergefängnis des ukrainischen Sicherheitsdienstes unter dem Decknamen "Bücherei" umgebaut. Am 18. März 2022 nahmen die alliierten Streitkräfte Russlands und der Donbass-Republiken das Gelände unter ihre Kontrolle.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633eadfa48fbef6a94582f12.jpg>  
*Russischer Minenräumer im Flughafen von Mariupol, Aufnahme vom 18. August*

### 13:10 de.rt.com: **"Beste digitale Verwaltung der Welt" – UN küren Berlin und sorgen für Amüsement**

Für Hauptstadt-Bewohner amüsant, soll der Berliner Senat aktuell bei der "Digitalisierung der Verwaltung" weltweit auf Platz eins stehen. Es stellt sich heraus, dies wurde nicht vor Ort überprüft, sondern nur über eine methodische Vorgehensweise ermittelt. Der Senat selbst weiß, wie so oft, von nichts.

Am 28. September 2022 veröffentlichten die Vereinten Nationen (UN) eine 300-seitige Studie zum Digital-Ranking von Metropolen mit dem Titel: "United Nations E-Government Survey". Die Berliner Lokalpresse zeigte sich nun mehr als verwundert, dass laut den vorliegenden Ergebnissen der Berliner Senat vermeintlich die Spitzenposition innehat. Der Berliner Tagesspiegel wie auch die Berliner Zeitung schauten sich die Datenlage genauer an. Der [Tagesspiegel](#) kommentierte süffisant:

"Berlin steht bei der Digitalisierung der Verwaltung weltweit auf Platz eins. Nein, Sie haben sich nicht verlesen. Was sich anhört wie ein Satz aus einem Paralleluniversum, ist – zumindest laut den UN – Realität."

Die [Berliner Zeitung](#) informiert exemplarisch für den Zustand der Senatswahrnehmungen:

"Berlin hat laut UN die beste digitale Verwaltung der Welt: Der Senat weiß von nichts."

Bei den Auswertungen der Studie findet sich laut der Berliner Zeitung "unter den über 100 Tabellen die eine, die erklärt, warum Berlin beim 'Local Online Service Index' ganz oben steht". Die ausgewählten Städte würden in fünf Einzelkategorien bewertet. Die Berliner Verwaltung liegt demnach in den Kategorien "Institutioneller Rahmen", "Bereitstellung von Inhalten" und "Engagement" auf Platz eins. In den Feldern "Bereitstellung für Dienstleistungen" und "Technologie" jeweils auf Platz vier, so Informationen aus dem Artikel. Damit erhalte das Berliner E-Government "mit fast 98 Prozent den höchsten Durchschnittswert aller Städte".

Die genaue Betrachtung der Webseite habe jedoch sehr schnell den wahren Grund, das Problem an dem Ranking, dargestellt. Dazu schreibt die Berliner Zeitung:

"Für den E-Government Development Index (EGDI) beziehen sie (die UN-Studienmacher) Daten der Internationalen Fernmeldeunion, Daten der UNESCO und Daten einer Online-

Bewertung, die das Department selbst durchgeführt hat. Konkretere Informationen gibt es dazu nicht. Zum Local Online Service Index (LOSI), der für die Berliner Verwaltung relevant ist, wird nur mitgeteilt, dass die Daten 'von einer Gruppe von Forschern gesammelt werden.' Diese Informationen belegen: Die Daten wurden lediglich methodisch ermittelt. Das bedeutet, es erfolgten keinerlei Recherchen vor Ort oder entsprechende Real-Überprüfungen der offerierten Digital-Dienstleistungen in der Hauptstadt. Verzweifelnde Leidtragende oder dauergestresste Bewohner Berlins können hinsichtlich dieser Prämierung daher nur sehr müde den Kopf schütteln. Frank Brockmann, Berliner Landesansprechpartner "der Abteilung IKT-Steuerung, Digitalisierung der Verwaltung und Bürgerdienste", zeigte sich auf die entsprechende Anfrage der Berliner Zeitung auf anderer Ebene irritiert. So heißt es in dem Artikel:

"Dieser teilte uns mit, die zuständige Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport sei erst durch den Medienbericht auf ihren Triumph aufmerksam geworden. Man müsse nun erst mal die Datenerhebung sichten, bevor man sich äußere. Bei der müsse es sich jedoch um eine Ferndiagnose handeln, so Brockmann, mit der UN habe es dazu keinen Kontakt gegeben. Konkrete Anfragen der Berliner Zeitung beantwortete die Senatsverwaltung bisher nicht."

Die Tagesspiegel-Redaktion informiert in ihrem Artikel abschließend:

"Nur: Selbst dann erscheint Berlins Ergebnis (84 von 86 Kriterien wurden positiv beschieden) immer noch recht, nun ja, unglaublich. Um sicherzugehen, haben wir bei den UN Ergebnisse und Vorgehen im Detail nachgefragt."

Eine Beantwortung der Fragen aus Berlin seitens der UN steht demnach noch aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ea083b480cc61a60309d3.jpg>  
Franziska Giffey (l), Regierende Bürgermeisterin von Berlin, steht neben Iris Spranger (SPD), Senatorin für Inneres, Digitalisierung und Sport, Juni 2022

### 13:18 de.rt.com: **Sacharowa: Westen will Feindseligkeiten "bis zum letzten Ukrainer" durchführen**

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, hat am Donnerstag bei einer Pressekonferenz ausführlich die Lage in der Ukraine kommentiert. Sie bezeichnete das Verhalten des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij als "klassisch", indem er Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin gesetzlich untersagt hat. Sacharowa verwies in diesem Zusammenhang auf die Minsker Vereinbarungen, deren Umsetzung die Kiewer Führung acht Jahre lang versprochen hatte, während sie gleichzeitig das Land mit Waffen aus dem Westen versorgt und danach alle Vereinbarungen gebrochen hatte.

Sacharowa merkte an, dass ein solches Verhalten auf Geheiß des Westens stattfindet, der die Feindseligkeiten "bis zum letzten Ukrainer" weiterführen wolle. Außerdem unterstrich die Sprecherin, dass weitere HIMARS-Lieferungen an Kiew Washingtons Hass auf Moskau zeigten.

Sacharowa nannte die Anschuldigungen gegen Russland, die Nord-Stream-Pipelines zerstört zu haben, als absurd. Russland strebe eine Teilnahme an der Untersuchung der Sabotage an Nord Stream an. Außerdem verfüge Russland über Beweise für eine vorsätzliche Zerstörung von Ernten und Getreidespeichern durch ukrainische Streitkräfte.

14:28 (13:28) deu.belta.by: **Lukaschenko zeigt sich empört über Preistreiberei unter dem Vorwand „Erneuerung der Ware“**

In der heutigen Besprechung mit dem Wirtschaftsblock der Regierung hat der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko die Überteuerung der Waren unter dem Vorwand der „Erneuerung“ scharf kritisiert. Diese Praxis sei die Umgehung des Antiinflationgesetzes und solle unverzüglich beendet werden, forderte er.

Der Staatschef erzählte, dass er sehr gut weiß, wie man unter dem Deckmantel der „Erneuerung des Warensortiments“ das Antiinflationgesetz umgeht. Viele Waren werden dadurch teurer. „Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn ein bekanntes Produkt auf den Regalen steht und winzige ‚Ergänzungen‘ enthält, deswegen zu einem höheren Preis. Eine solche ‚Metamorphose‘ findet häufig bei Brot, Milch, Fleisch und Geflügel statt. Das ist unerhört: man zerstückelt ein totes Huhn, stopft es in eine Plastiktüte und gibt für neue Ware aus!“ sagte Alexander Lukaschenko ironisch. „Aber die Menschen sind gezwungen, die gleichen Produkte zu kaufen, aber aus irgendeinem Grund zu einem höheren Preis. Kostet der ganze Hühnerkörper zwei Rubel, so müssen die Käufer für einen halbierten Körper bis zu fünf Rubel zahlen. Was ist passiert, dass der Preis um das Zwei- oder Dreifache gestiegen ist? Ist das, weil man es einfach halbiert hat?“

Alexander Lukaschenko forderte in diesem Zusammenhang von allen verantwortlichen Beamten im Handelsministerium, Landwirtschaftsministerium, Komitee für staatliche Kontrolle, von Gewerkschaften und dem Parlament entsprechende und wirksame Gegenmaßnahmen.

„Angemessene Qualität, breites Sortiment und gerechter Preis – das fordere ich von Ihnen. Neue Produkte, die zu höheren Preisen angeboten werden, sollen sich von den alten wesentlich unterscheiden“, sagte der Staatschef.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/00019\\_1665055775\\_62241\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/00019_1665055775_62241_big.jpg)

13:41 de.rt.com: **Puschilin: Ukrainische Truppen ziehen sich am Artjomowsker Frontabschnitt zurück**

Die Lage am Frontabschnitt bei Artjomowsk verbessert sich weiter, berichtete das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija-24 erklärte er, dass die an diesem Abschnitt stationierte 53. Ukrainische Brigade empfindliche Verluste erlitten habe. Er sagte:

"Was wir gerade in Artjomowsk beobachten: Es werden neue Stellungen erobert, während der Gegner sich zurückzieht. Nicht immer kampfflos, doch oft haben sie keine Reserven und geben bestimmte Stellungen selbst auf."

**Telegram-Kanal des Leiters der Vertretung der LVR in Moskau Rodion Miroschnik: Norden und Nordwesten der LVR. Die Situation ist besorgniserregend, aber stabil. Wir halten durch.**

Zum Nebel des Krieges kommt hinzu, dass die Kommunikation mit Kremennaja und Swatowo fast völlig fehlt. Verlässliche Informationen kommen nur sehr zögerlich und dosiert an.

#### **Kremennaja:**

Das gesamte Gebiet wird von unseren Truppen kontrolliert und verteidigt. Die feindlichen Gruppierungen sind in der Nähe von Sewersk und Torskoje konzentriert. Nach Schätzungen von Experten wurden bis zu 10.000 Nazis dorthin verlegt. Es gibt Technik, Söldnerseinheiten, Artillerie und Mehrfachraketenwerfer.

Auf unserer Seite wird aktiv am Bau von Befestigungen und der Bildung einer Verteidigungslinie gearbeitet. Die Technik funktioniert. Seit drei Tagen beschießen unsere Artilleristen aktiv Ansammlungen von Kräften und Technik des Gegners. Von Hubschraubern aus werden erhebliche Verluste des Gegners festgestellt, Technik steht in Flammen. Feindliche Diversions- und Erkundungsgruppen bewegen sich aktiv durch die Wälder, einige mit Kameras statt Waffen. Es wird ein massiver Strom von Desinformationen erzeugt. In der Stadt und den Ortschaften sind nur wenige Menschen, die wichtigsten sozialen Einrichtungen wurden evakuiert.

#### **Swatowo:**

Seit zwei Tagen ist es in Swatowo relativ ruhig. Nur nach außen wird geschossen. Die grundlegenden medizinischen und sozialen Einrichtungen werden evakuiert. Die lokalen Behörden arbeiten in reduzierter Form, unter anderem befassen sie sich mit der Evakuierung. Es herrscht keine Panik. Es sind wenige Menschen dort.

Das Militär ist in Position, die Verteidigungslinien sind eingerichtet. Es ist schwierig, die Zahl der Feinde einzuschätzen. Es gibt Berichte über Umgruppierungen und die Verlegung schwerer Ausrüstung. Die Nazis kommen regelmäßig unter unseren Beschuss, es gibt viele Tote.

**Sewerodonezk, Lissitschansk, Rubeshnoje und Starobelsk: alles relativ ruhig.**

#### **13:54 de.rt.com: USA: Ölproduzenten-Länder verbünden sich mit Russland**

Die Ölallianz OPEC+ unter Führung von Saudi-Arabien und Russland hat eine drastische Kürzung der Ölförderung beschlossen. Als Reaktion darauf bezeichnete das Weiße Haus diese jüngste Entscheidung als einen Fehler.

Die US-Regierung bezeichnete die Entscheidung der Öl-Allianz OPEC+, die Ölproduktion zurückzufahren, als "kurzsichtig" und einen "Fehler". Präsident Joe Biden sei darüber enttäuscht, erklärten dessen Sicherheitsberater Jake Sullivan und der Direktor des Nationalen Wirtschaftsrates im Weißen Haus, Brian Deese. In einer Zeit, in der die Aufrechterhaltung der weltweiten Energieversorgung von größter Bedeutung sei, werde sich diese jüngste Entscheidung besonders negativ auf Staaten mit niedrigem und mittlerem Einkommen auswirken.

Bei dem jüngsten Treffen der Gruppe OPEC+ in Wien wurde eine Kürzung der Ölproduktion für den Monat November um zwei Millionen Barrel (Fass zu 159 Liter) am Tag beschlossen. Mit dabei war auch Russlands stellvertretender Ministerpräsident Alexander Nowak. Schon Anfang September hatten die Ölstaaten für Oktober eine Kürzung der Ölproduktion um 100.000 Barrel am Tag beschlossen.

Die Sprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, nannte die Drosselung der

Ölproduktion einen "Fehler". Die Öllianz habe eine Entscheidung getroffen, die nur dem eigenen Interesse diene.

"Es ist klar, dass sich OPEC+ mit der heutigen Ankündigung mit Russland verbündet", sagte Jean-Pierre weiter.

US-Senator Chris Murphy sagte, die OPEC+-Entscheidung vom Mittwoch sollte zu einer "umfassenden Neubewertung der US-Allianz mit Saudi-Arabien" führen.

"Sagen Sie mir, wo der kriegerische Akt liegt", sagte der saudische Energieminister Prinz Abdulaziz bin Salman auf einer Pressekonferenz am Sitz der OPEC in Wien auf die Frage, ob die Kürzung die Beziehungen zu den USA belasten würde. Der Energieminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Suhail Al Mazroui, erklärte, die Produktionskürzung sei "technisch und nicht politisch".

Die OPEC und ihre von Russland geführten Bündnispartner stehen offenbar trotz des Ukraine-Krieges Seite an Seite, um Preissenkungen beim Öl zu verhindern. Zur OPEC+ gehören neben den Staaten der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) auch weitere Produzenten wie Russland.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ea72848fbef6a94582f0b.jpg>

*Saudi-Arabiens Energieminister Abdulaziz bin Salman spricht während einer Pressekonferenz nach dem OPEC-Plus-Treffen in Wien am 5. Oktober 2022*

#### 14:03 de.rt.com: **Peskow: Preisdeckel auf russisches Öl ist absurd**

Der Kreml hat den Preisdeckel auf russisches Öl als Teil des EU-Sanktionspakets gegen Russland als absurd bezeichnet. Dies wirke sich sehr destruktiv auf die Energiemärkte aus und schade damit praktisch allen Staaten, sagte Sprecher Dmitri Peskow am Donnerstag in Moskau der russischen Nachrichtenagentur Tass zufolge. Peskow erklärte:

"Natürlich verstehen viele Länder die Absurdität der abrupten Schritte, die jetzt in der Europäischen Union erwogen werden, ermutigt von den Vereinigten Staaten bei der Einführung von Preisobergrenzen."

Die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, Maria Sacharowa, sagte: "Unsere Antwort wird sein, die Ölexporte auf die Länder umzuleiten, die bereit sind, normal mit uns zusammenzuarbeiten." Dazu gehört als Großabnehmer auch Indien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633ec602b480cc69b4777ff6.jpg>

#### 14:04 de.rt.com: "EU light" bildet sich heute in Prag

Eine "Europäische Politische Gemeinschaft" soll auf Wunsch des französischen Präsidenten Macron dafür sorgen, dass die EU-Mitgliedsländer und jene, die es gerne wären, politisch auf einer Linie agieren. Regierungschefs von 44 Ländern treffen sich dafür in Prag.

Auf Initiative des französischen Präsidenten Emmanuel Macron [treffen](#) sich heute in Prag die Regierungschefs von 44 Ländern unter der Bezeichnung "Europäische Politische Gemeinschaft". Neben den 27 Mitgliedsländern der EU sind die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, die Ukraine, die Türkei, Norwegen, die Schweiz und Großbritannien (per Video) vertreten.

Themen sollen Frieden und Sicherheit, Energie und Klima, Migration sowie die wirtschaftliche Lage sein. Wobei erwartet werden kann, dass der Schwerpunkt auf der Unterstützung der Ukraine liegen wird.

Die zusätzlich zu den EU-Mitgliedern eingeladenen Staaten sind, mit Ausnahme der Schweiz und Großbritanniens, Länder, die den Status von EU-Beitrittskandidaten haben, manche, wie die Türkei, schon seit Jahrzehnten.

Das neue Format soll sich künftig zweimal im Jahr treffen. Die Bundesregierung unterstützt seine Einführung. Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) sah darin bereits eine Alternative zur EU-Erweiterung. Auf welche Gegenliebe diese Vorstellung bei den betroffenen Regierungschefs stößt, wird sich im Verlauf des Treffens erweisen.

Morgen soll sich dann noch ein Treffen der EU-Regierungschefs anschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ebde048fbef757c510067.jpg>

*Prager Altstadt mit dem Jan-Hus-Denkmal*

14:18 de.rt.com: **Russisches Militär befreit Siedlung Saizewo in DVR – 120 ukrainische Soldaten liquidiert**

Das russische Verteidigungsministerium hat bekannt gegeben, dass die Siedlung Saizewo in der Donezker Volksrepublik (DVR) befreit worden ist. Dabei seien nach Angaben des Ressorts mehr als 120 ukrainische Soldaten vernichtet worden.

Es handele sich dabei um Soldaten und Offiziere der 58. Infanteriebrigade und der 128. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte. Zudem seien drei Schützenpanzer zerstört worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ec53d48fbef76893f94b5.jpg>

15:15 (14:16) deu.belta.by: **Lukaschenko hält „unrealistischen“ Weg der Marktregelung für „absolut richtig“**

In Belarus sollten klare Regeln für Preisbildung festgelegt werden. Diesen Vorschlag unterbreitete Michail Orda, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes, in der heutigen Besprechung des belarussischen Präsidenten mit dem Wirtschaftsblock der Regierung. „Die Preise für die Produkte der einheimischen Industrie und des Agrarsektors werden begrenzt. Jeder neue Schritt bedarf zahlreicher Genehmigungen und Zulassungen. Privatunternehmen, die Ersatzteile, Geräte und Bauteile liefern oder bestimmte Dienstleistungen erbringen, handeln jedoch nach eigenem Gutdünken und legen ihre Preise selbst fest. Sie kaufen Dollar an der Börse zu 2,5 Rubel und setzen denselben Dollar zu einem um eine Größenordnung höheren Preis an. Und sie haben immer eine Ausrede: irgendwelche mythischen Risiken, Logistik und so weiter“, sagte Orda.

Seiner Meinung nach handelt es sich dabei um nichts anderes als versteckte Spekulationen. „Sie spielen ihr eigenes Spielchen. Sie lassen heute die Preise locker und schaffen damit eine Situation, in der andere Akteure ihre Preise nach oben setzen. Das schafft einen künstlichen Vorwand für die Ankurbelung der Inflation“, sagte der Verbandschef.

Michail Orda betonte, dass es heute an der Zeit sei, die Regeln nicht nur zu verschärfen, sondern dieses Problem ernsthaft anzugehen. „Unser Vorschlag wäre: Klare Spielregeln bei der Preisbildung für alle. Jeder Preis sollte klar nachvollziehbar sein. Diejenigen, die sich nicht an die allgemeinen Regeln halten wollen, sollten vom Markt verschwinden. Auf dem Markt muss es eine klare, verständliche Disziplin für alle geben. Diejenigen, die sich im Geschäftsleben redlich verhalten, werden bleiben. Und diejenigen, die den Markt ausdehnen und in der Tat im Schattengeschäft arbeiten, werden einfach verschwinden“, ist er überzeugt. „Was Orda vorgeschlagen hat, sieht nach einer extrem unrealistischen, nicht marktkonformen Option aus. Aber heute ist das ein absolut richtiger Vorschlag. Früher hatten die Leute Angst: Ach, wenn wir das tun, wird der Markt einen oder anderen Akteur verlieren. Deshalb lautete meine Anweisung, dass der einheimische Handel 30% des Marktes einnehmen sollte. Ich wurde in die Ecke gedrängt: ‚Lasst uns den gesamten Handel in die privaten Hände geben!‘

Eine unrealistische, nicht marktkonforme Option. Warum zittern wir heute? Orda hat Recht: Wer die festgelegten Regeln nicht erfüllt, verschwindet vom Markt“, betonte Alexander Lukaschenko. „Ich habe das vor 25 Jahren verstanden. Es stellte sich heraus, dass ich Recht hatte. Vor wem haben wir Angst? Wir können die Kontrolle über absolut jeden Prozess übernehmen, wenn der Wille da ist“.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1665058685\\_62242\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1665058685_62242_big.jpg)

### 15:18 (14:18) deu.belta.by: **Lukaschenko verhängt ab 6. Oktober Verbot für Preiserhöhungen**

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat angeordnet, ab dem 6. Oktober ein Verbot der Preiserhöhungen im Lande zu verhängen. Das hat er nach seiner Besprechung mit dem Wirtschaftsblock zum Thema Inflation mitgeteilt.

Während des Treffens wurden die akutesten Probleme in Bezug auf die Inflation und Preiserhöhungen angesprochen. Alexander Lukaschenko kritisierte scharf die zuständigen Personen für die unzureichende Kontrolle und Aktivitäten in diesem Bereich, um eine faire Preisgestaltung in allen Marktsegmenten für eine breite Palette von Produkten zu gewährleisten. Die Lage erforderte schließlich das Eingreifen des Staatsoberhauptes. In Anschluss an die Besprechung verkündete der Präsident seine Entscheidung: "Ab dem 6. Oktober sind jegliche Preiserhöhungen verboten. VERBOTEN! Von heute an. Nicht ab morgen, sondern schon von heute an, damit die Preise nicht innerhalb von 24 Stunden hochgetrieben werden können. So sind Preiserhöhungen ab heute untersagt. Und Gott bewahre einen davor, rückwirkende Berechnungen oder Neuberechnungen in der Buchhaltung vorzunehmen.“

Alexander Lukaschenko wies jedoch darauf hin, dass es für bestimmte Artikel Ausnahmen geben könne, und definierte den Kreis der Zuständigen, die befugt wären, solche Entscheidungen zu treffen. Wie der Staatschef angewiesen hat, dürfen Preise nur nach Zustimmung entweder des Ministers für Antimonopolregulierung oder der Vorsitzenden der Gebietsexekutivkomitees bzw. des Minsker Exekutivkomitees, erhöht werden.

Er erläuterte, warum er eine so eigenwillige Entscheidung traf: "Weil die Preise nach der vom Ministerpräsidenten erwähnten Raserei immer noch um den gleichen Betrag gestiegen sind. Und die Preise sind heute unerschwinglich. Sie haben die Obergrenze erreicht. Die Preise dürfen nicht weiter erhöht werden, das ist nicht zulässig. Aber es gibt Ausnahmen. Und diese Ausnahmen unterliegen der Kontrolle des Ministers und der Gouverneure. Das wäre alles." Alexander Lukaschenko warnte auch davor, dass Wirtschaftssubjekte geschlossen werden und sich anschließend vom Markt zurückzuziehen versuchen.

Der Generalstaatsanwalt und die Vorsitzende des Staatlichen Kontrollkomitees sind damit

beauftragt, die Umsetzung seiner Anordnung zu überwachen und hart gegen Zuwiderhandelnde vorzugehen. "Sofortige Verhaftung und Einleitung eines Strafverfahrens", sagte er. „Die Staatsanwaltschaft wird zusammen mit dem Staatlichen Kontrollkomitee dann entscheiden, was zu tun ist, in der gesamten Vertikale: Wer hat den Verstoß gegen die von mir festgelegte Ordnung zugelassen; wer hat Beistand geleistet; wer hat es geduldet“, verlangte der Staatschef.

Alexander Lukaschenko wies darauf hin, dass die Vorsitzende des Rates der Republik, Natalja Kotschanowa, an der Spitze einer Gruppe von zuständigen Personen mit der Vorbereitung diese Besprechung betraut ist. Diese Gruppe muss der Regierung unverzüglich Vorschläge für Maßnahmen zur Preisregulierung in Belarus vorlegen. "Diese Gruppe mit Kotschanowa an der Spitze: Gerasimow, Andrejtschenko, Orda, Medwedewa (Anmerkung von BELTA: Leiterin des Staatlichen Kontrollkomitees, des Repräsentantenhauses, des Gewerkschaftsbundes und Belarussischen Statistischen Amtes). Engagieren Sie alle beliebigen Fachleute, aber entwickeln Sie Maßnahmen zur Reaktion und Regulierung der Preise im Lande, legen sie ihre Vorschläge der Regierung vor. Die Regierung sollte bis zum 20. Oktober 2022 den Beschluss fassen.“

Er fügte hinzu, dass er sofort informiert werden solle, wenn es irgendeine Unstimmigkeit zum Thema gebe.

An den Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Nikolaj Snopkow gewandt, riet Alexander Lukaschenko nicht nur, die Preise zu halten, sondern im Gegenteil eine Gelegenheit zu finden, sie ab dem 6. Oktober zu senken. "Ich rate Ihnen, im besten Fall Preise zu senken", sagte er.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000019\\_1665058934\\_62243\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1665058934_62243_big.jpg)

### 15:19 (14:19) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Die ersten mobilisierten Kämpfer treffen in der Region Saporoschje ein – Volksmiliz der DVR**

Erste Einheiten von Bürgern, die im Rahmen der Teilmobilisierung einberufen wurden, treffen in der Region Saporoschje in Russland ein. Ein entsprechendes Video wurde vom Pressedienst der Volksmiliz der DVR verbreitet.

Wie die Soldaten selbst feststellen, seien sie bereit, die während der NWO in der Ukraine gestellten Aufgaben zu erfüllen.

"Ich kann sagen, dass das Personal besondere Aktivität und Entschlossenheit zeigt, es weigert sich, sich rückwärtigen Einheiten anzuschließen. Sie sind begierig zu kämpfen", sagte Magomed Abdul-Kerimow, ein Offizier der RF-Streitkräfte.

Ihm zufolge verfügen viele der eingetroffenen mobilisierten Militärs über Kampferfahrung. Der russische Offizier stellte fest, dass die Kämpfer mit modernen Waffen und Ausrüstung

ausgestattet sind.

"Das Personal ist voll ausgerüstet, bereit für den Kampf, begierig darauf, sich den Reihen der kämpfenden Einheiten anzuschließen und den Feind zu vernichten", fasste Abdul-Kerimow zusammen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/50/89/55089\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/50/89/55089_720x405.jpg)

#### 14:41 de.rt.com: **Vorsitzende des Föderationsrates Russlands: Wir sind für Dialog und friedliche Lösung der Ukraine-Krise**

Die Vorsitzende des Föderationsrates Russlands, Walentina Matwijenko, hat die ukrainische Delegation beim G20-Gipfel am Donnerstag [eingeladen](#), sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Außerdem hob die Politikerin hervor, dass Russland für eine friedliche Lösung der Krise sei. Sie wörtlich:

"Lasst uns gleich heute an den Verhandlungstisch im Rahmen des Gipfels der Gruppe der Zwanzig setzen: Das Parlament Russlands und das Parlament der Ukraine. Lasst uns einander verstehen und Vereinbarungen treffen."

Matwijenko betonte, dass Russland wiederholt Verhandlungen zur Lösung der Ukraine-Krise vorgeschlagen hätte und in Istanbul bereits fast eine Einigung erzielt worden wäre. Doch habe leider die Ukraine, die offenbar unter Kontrolle von Außen steht, danach diese Vereinbarungen abgelehnt. Russland stehe unterdessen weiter für Verhandlungen, für den Dialog und für eine friedliche, politische Lösung dieser Krise bereit.

Außerdem stimme Russland zu, dass die Menschenrechte geachtet werden müssen. In diesem Zusammenhang fragte die Politikerin ihre antirussischen Kollegen, warum die westlichen Länder dieses "wichtigste Menschenrecht – das Recht auf Leben –" bereits acht Jahre lang nicht geschützt hätten, während die Ukraine im Donbass Menschen tötete, und warum die internationale Gemeinschaft nichts dagegen unternommen hätte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633ec91eb480cc6de640967d.jpg>

Die Vorsitzende des Föderationsrates Russlands, Walentina Matwijenko am 22. Juni

15:41 (14:41) novorosinform.org: **Der Generalstab der Streitkräfte der Ukraine hat beschlossen, das Kernkraftwerk Saporoschje vor der kalten Jahreszeit einzunehmen – Insider**

Der erste Schlag werde Melitopol versetzt, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“ unter Berufung auf seine eigene Quelle im Büro des Präsidenten der Ukraine.

Zuvor hatte die britische Zeitung Daily Mail eine Offensive ukrainischer Kämpfer von Dnepropetrowsk und Saporoschje nach Mariupol und Berdjansk vorhergesagt. Laut der Veröffentlichung beabsichtigen die Streitkräfte der Ukraine, „die russische Armee in der Ukraine in zwei Teile zu reißen“.

Der in der Daily Mail veröffentlichte Plan sei laut der Quelle des Senders nicht wahr.

„Die Streitkräfte der Ukraine planen eine Gegenoffensive in Richtung Saporoschje, aber der erste Schlag wird Melitopol versetzt“, heißt es in der Erklärung.

Wie vom ukrainischen Generalstab geplant, werde die Gegenoffensive in Energodar "die russischen Truppen ernüchtern" und es ermöglichen, das Kernkraftwerk Saporoschje vor dem Einsetzen des kalten Wetters zu besetzen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/50/92/55092\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/50/92/55092_720x405.jpg)

15:11 de.rt.com: **DVR: Ukrainischen Truppen geht sowjetische Munition aus**  
Am Donezker Frontabschnitt gehen den ukrainischen Truppen Waffen und Munition

sowjetischer Produktion aus. Das Militär Kiews greift immer öfter ausschließlich auf NATO-Waffen zurück. Dies berichtete der Offizier der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik (DVR) Andrei Bajewski. In einer Sendung des russischen Fernsehens Perwy Kanal sagte er: "Heute ist vermutlich der erste Tag, an dem Geschosse von keinem anderen Kaliber als 155 Millimeter eingesetzt wurden. Das sind westliche Waffen, die der Ukraine geliefert wurden. In diesem Fall laufen sowohl sowjetische Waffen als auch die Munition dazu aus."

Bajewski führte aus, dass das Gebiet der DVR derzeit hauptsächlich unter Einsatz von Artillerie oder US-amerikanischen HIMARS-Mehrfachraketenwerfern beschossen wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633ec62cb480cc6d415dd0a6.jpg>

*Ukrainische Soldaten feuern eine US-amerikanische M777-Haubitze im Gebiet Charkow ab*

#### 15:42 de.rt.com: **Ukraine verhindert Autoverkehr in den russisch kontrollierten Teil des Gebiets Saporoschje**

Der Kontrollpunkt Wassiljewka, der die russisch und ukrainisch kontrollierten Teile des Gebiets Saporoschje trennt, wird von Kiewer Behörden geschlossen gehalten, damit niemand mehr in den russisch kontrollierten Teil gelangen kann. Dies berichtete der stellvertretende Gouverneur des Gebiets Saporoschje Jewgeni Balizki. In einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live erklärte er:

"Die Menschen versuchen durchzukommen, doch die Ukraine lässt sie nicht. Von unserer Seite gibt es keine Beschränkungen, wobei sehr wenige Menschen in die andere Richtung fahren."

Er fügte hinzu, dass viele Menschen Angst vor dem Passieren der Kontrollstelle haben, nachdem ukrainischer Beschuss einer Fahrzeugkolonne am 30. September zahlreiche Todesopfer gefordert hatte.

Balizki zufolge sei die Entscheidung über die Schließung von Wassiljewka auf höchster Ebene in Kiew getroffen worden.

#### 16:24 de.rt.com: **Staatsverschuldung der Ukraine übersteigt 98 Milliarden US-Dollar**

Die Staatsverschuldung der Ukraine soll im August um 1,24 Milliarden US-Dollar, also um 1,28 Prozent, auf 98,03 Milliarden US-Dollar gewachsen sein, berichtete die ukrainische Zeitung Korrespondent unter Berufung auf Daten des Finanzministeriums.

Die direkte Auslandsverschuldung sei in diesem Monat von 52,21 auf 53,44 Milliarden, die direkte Inlandsverschuldung auf 34,49 Milliarden und die garantierte Staatsverschuldung auf 10,10 Milliarden US-Dollar gestiegen.

Zuvor hatte der ukrainische Finanzminister Sergei Martschenko erklärt, dass nur ein Drittel der ukrainischen Haushaltseinnahmen aus inländischen Quellen stamme, während die restlichen zwei Drittel aller Einnahmen von ausländischen Zuschüssen und Krediten stammen

würden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ed98cb480cc3d7a54517c.jpg>

### 16:56 de.rt.com: **Kommissarischer Gouverneur Wladimir Saldo: Die Ukraine wird Cherson nicht erobern**

Die Streitkräfte der Ukraine würden auf keinen Fall Cherson einnehmen, erklärte der kommissarische Gouverneur des Gebiets Cherson Wladimir Saldo. Wörtlich sagte er: "Sie werden Cherson nicht einnehmen, das steht zu 100 Prozent fest. Die nächtlichen Angriffe auf Hotels schrecken die Leute auch nicht ab."

Zuvor hatte Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Verwaltung des Gebiets Cherson, erklärt, dass die ukrainischen Streitkräfte derzeit eine große Menge an NATO-Ausrüstung in Cherson einsetzten, der Ansturm werde jedoch eingedämmt. Stremoussow zufolge würden dort täglich etwa 300 ukrainische Soldaten getötet. Der Beamte betonte, alle von den ukrainischen Truppen eingenommenen Siedlungen im Gebiet Cherson würden in naher Zukunft wieder unter Kontrolle gebracht werden.

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 28 befreiten Ortschaften wurde Renten ausgezahlt.

In Mariupol wurde eine 4G-Basisstation in Betrieb genommen.

Mehr als 5500 Menschen haben sich an Einrichtungen des Gesundheitswesens gewandt.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 23 Hektar Gelände untersucht und 131 explosive Objekte entschärft.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken in Kominternowo, Wolnowacha und Mariupol.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffe haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise

und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften. Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

### 17:15 de.rt.com: "Feststellung der Realität" – Peskow zu Elon Musks Worten über die Wahl der Bewohner der Ostukraine

Musk habe "die reale Situation" beschrieben, da die Ostukraine "seit Jahrhunderten eine russische Bevölkerung hat", so der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow. Zuvor hatte der US-Geschäftsmann gesagt, dass die Mehrheit der Bewohner der Ostukraine "Russland bevorzugen".

Die Worte des US-amerikanischen Geschäftsmanns Elon Musk, dass die Mehrheit der Bevölkerung in der Ostukraine Russen sind und Russland bevorzugen, seien eine "Feststellung der Realität". Dies hat der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, vor Journalisten erklärt.

Seiner Meinung nach beschrieb Musk "die reale Situation", da die Ostukraine "seit Jahrhunderten eine russische Bevölkerung hat". Peskow sagte:

"Und natürlich kommen die Menschen, die fähig sind, Informationen sorgfältig zu verarbeiten, die fähig sind, zu analysieren, die Realität darzustellen, zu diesem Schluss, sie bestätigen ihn. Und davon gibt es eine ganze Menge."

Anfang Oktober äußerte sich Musk mehrmals auf Twitter zum Konflikt in der Ukraine. Im ersten Beitrag skizzierte er seine Version vom Ende des Konflikts und startete eine Umfrage, ob die Nutzer damit einverstanden sind. Dem US-Geschäftsmann zufolge werden die Feindseligkeiten mit "hoher Wahrscheinlichkeit" damit enden, dass die Krim Teil Russlands bleibe, die Ukraine ein neutrales Land sei und in den von den russischen Streitkräften besetzten Gebieten erneut Referenden abgehalten werden, allerdings unter Aufsicht der UN. Kiew kritisierte die Worte von Musk. Der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrei Melnyk, reagierte auf den Geschäftsmann mit Schimpfworten, während der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij eine Umfrage startete, in der die Nutzer gefragt wurden, welcher Musk ihnen besser gefalle, derjenige, der die Ukraine unterstütze oder derjenige, der Russland unterstütze.

Nach der Kritik der ukrainischen Behörden und der Nutzer veröffentlichte Musk einen weiteren Beitrag, in dem er sagte, dass Russland im Falle einer Bedrohung der Krim eine vollständige statt einer teilweisen Mobilisierung einleiten könnte, und dass "die Todesfälle auf beiden Seiten entsetzlich sein würden". Der US-amerikanische Geschäftsmann bemerkte: "Die Bevölkerung Russlands ist mehr als dreimal so groß wie die der Ukraine, sodass ein ukrainischer Sieg in einem totalen Krieg unwahrscheinlich ist. Wenn Ihnen die Menschen in der Ukraine am Herzen liegen, sollten Sie den Frieden suchen."

Dem ist der US-Senator Lindsey Graham bereits entgegengetreten. Der Politiker sagte, dass er "bei allem Respekt vor Musk" alle Fakten der "Invasion" Russlands in der Ukraine erklären müsse. Der Unternehmer antwortete, dass in jeder Konfliktregion "der Wille derer, die dort leben, beachtet werden muss". Musk erklärte:

"Der größte Teil der Ukraine will eindeutig Teil der Ukraine sein, aber in einigen östlichen Regionen des Landes ist die Mehrheit der Bevölkerung russisch und sie bevorzugen Russland."

Der Kreml kommentierte Musks Äußerungen mit der Bemerkung, dass "viele" der Ideen des Tesla-Gründers zum Konflikt in der Ukraine "Aufmerksamkeit verdienen". Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte ihrerseits:

"Natürlich befindet sich die Welt derzeit nicht nur im Wandel, sondern auch im Umbruch, was mit der Situation um die Ukraine zusammenhängt und vom Westen provoziert wurde.

Schließlich beginnt sich der Westen wahrscheinlich zu fragen: Was bedeutet das alles, warum

geschieht das alles, und welche Rolle spielen das Weiße Haus, die USA und die NATO-Strukturen bei all dem?"



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ed8deb480cc3bdc32d344.jpg>

Elon Musk

18:37 (17:37) deu.belta.by: **„Einfach ein Märchen“. Betreuerin von Kindern aus dem Donbass über ihren Erholungsaufenthalt in Belarus**

Die Erholung in Belarus ist einfach ein Märchen. Das sagte Alena Liwizkaja, die eine Gruppe Kinder auf ihrer Erholungsreise in Belarus begleitet, bei einer offenen Dialogrunde zum Thema „Auf unsere glückliche Kindheit.“



[https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2022/000022\\_029F8579615D4108432588D30054E9CB\\_905977.jpg](https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2022/000022_029F8579615D4108432588D30054E9CB_905977.jpg)

„Alle Kinder sind zum ersten Mal in Belarus. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, so viele Kinder wie nur möglich nach Belarus zu holen und ihnen etwas Erholung zu ermöglichen. Das ist bereits die zweite Gruppe, die hierher kommt – hier sind Kinder aus minderbemittelten und kinderreichen Familien, Waisenkinder, Kinder, die verletzt wurden und einen Rehabilitationskurs brauchen. Insgesamt planen wir einen Erholungsaufenthalt für mehr als 1000 Kinder aus dem Donbass. Die dritte Gruppe reist demnächst an“, erzählte Alena Liwizkaja.



[https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2022/000022\\_029F8579615D4108432588D30054E9CB\\_205135.jpg](https://deu.belta.by/uploads/lotus/news/2022/000022_029F8579615D4108432588D30054E9CB_205135.jpg)

Für die Kinder aus dem Donbass ist die Erholung in Belarus eine echte Abwechslung“, erzählt sie weiter. „Als die Kinder ankamen, gerieten sie in eine andere Welt. Man hatte das Gefühl, als ob man in einem Märchen ist. Wir sind in einem Kinderlager untergebracht. Die Kinder fühlen und benehmen sich anders. Ihre Emotionen kann man nicht beschreiben. Auch ihnen selbst fehlen die Worte. Reine Bewunderung. Laufendes Wasser, Schwimmhalle, Eislaufbahn - das sind Dinge, die wir zu Hause wegen der Beschießungen nicht haben. Hier gibt es Wasser rund um die Uhr, sowohl kalt als auch warm. Wir haben zu Hause große Probleme mit Wasser in Flaschen, mit Vorräten, und deshalb gibt es sehr lange Warteschlangen. Die Kinder hatten es anfangs sehr eilig und konnten nicht verstehen, dass das Wasser nicht zu Ende sein wird und dass man es nicht in Flaschen als Vorrat aufbewahren muss“, sagte die Betreuerin. Die Kinder freuen sich besonders, dass sie hier immer in Sicherheit sind. „In Belarus ist das eine Selbstverständlichkeit, dass hier die Kinder Rad fahren, schaukeln, rodeln. Und unsere Kinder fragten anfangs: „Können wir das? Ist es nicht gefährlich? Wissen Sie, das ist ein Reflex. Ich sage ihnen: Hier könnt ihr euch überall sicher fühlen“, fügte Alena Liwizkaja hinzu.



[https://deu.belta.by/images/storage/news/with\\_archive/2022/000022\\_1665070793\\_62251\\_big.jpg](https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000022_1665070793_62251_big.jpg)

*Alena Liwizkaja*

17:59 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Wohngebäude in Cherson mit HIMARS – Ein Mädchen verletzt**

Ein Vertreter der Rettungsdienste des Gebiets Cherson teilte mit, dass die Streitkräfte der Ukraine am 6. Oktober mit HIMARS-Raketenwerfern aus US-amerikanischer Produktion auch ein Wohnhaus in Cherson angegriffen hätten. Bei dem Raketenangriff sei ein Mädchen durch ein Schrapnell verletzt worden, so der Gesundheitsminister des Gebiets Cherson Wadim Ilmijew:

"Das Mädchen ist 14 Jahre alt und hat Splitterverletzungen am Hals. Sie wurde in eines der städtischen Krankenhäuser eingeliefert. Der Zustand des Mädchens ist mittelschwer."

Das Gesundheitsministerium des Gebiets präzisierte auf seinem Telegramm-Kanal, dass das Mädchen auf der Straße in der Nähe des beschossenen Gebäudes unterwegs gewesen sei.

**abends:**

18:35 de.rt.com: **Ein Zivilist nach ukrainischem Angriff auf Gorlowka tot**

Bei ukrainischem Beschuss des Bezirks Nikitowski in der Stadt Gorlowka (DVR) sei ein 1964 geborener Mann ums Leben gekommen. Dies [teilte](#) der Bürgermeister Iwan Prichodko der Stadt Gorlowka auf seinem Telegram-Kanal mit:

"Ein friedlicher Einwohner von Gorlowka fiel durch die Hand von ukrainischen Nazi."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633f02fdb480cc40430a2bc1.jpg>

*Eine Wohnung in Gorlowka nach einem ukrainischen Angriff*

18:54 de.rt.com: **Ehemalige ukrainische Ombudsfrau: Ich bereitete zweimal täglich um 10 und 17 Uhr Falschmeldungen vor**

Russische Scherzbolde haben der ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten einen [Telefonstreich](#) gespielt. In dem Gespräch legte sie offen, dass sie zahlreiche Fakes über russische Soldaten vorbereitet habe, die der Ukraine dabei geholfen hätten, Waffen und Geld aus dem Westen zu erhalten.

Die zahlreichen Falschmeldungen über die russische Armee seien von Kiew absichtlich verbreitet worden, um mehr Geld und Waffen aus dem Westen zu erhalten. Dies enthüllte die ehemalige ukrainische Menschenrechtsbeauftragte, Ljudmyla Denissowa, in einem Scherzanruf mit russischen Scherzbolden mit den Spitznamen Wowan, offiziell Wladimir Kusnezow und Lexus, offiziell Alexei Stoljarow. Die Witzbolde riefen sie an und stellten sich als ehemaliger US-Botschafter in Russland, Michael McFaul, vor. Das Video wurde vom russischen Fernsehsender [Zvezda](#) auf seinem Telegram-Kanal sowie von den Witzbolden

selbst auf [ihrem](#) Telegram veröffentlicht.

Der ehemaligen ukrainischen Ombudsfrau zufolge, seien ihr die Befehle zur Veröffentlichung der Falschmeldungen vom ukrainischen Geheimdienst erteilt worden, um beispielsweise vorgetäuschte Geschichten über die Gräueltaten russischer Soldaten zu verbreiten. Außerdem sagte Denissowa beim Gespräch mit den Witzbolden, dass sie mit dem derzeitigen ukrainischen Menschenrechtsbeauftragten, Dmitri Lubinez, unzufrieden sei. Ihrer Meinung nach weigere er sich, eine erfundene Geschichte über das Gefängnis beim AKW Saporoschje zu erzählen. Die Scherzbolde deuteten an, dass es gut wäre, jetzt wieder "Informationswaffen" einzusetzen. Dazu sagte die ehemalige ukrainische Menschenrechtsbeauftragte:

"Na ja, wie ihr wisst, gibt es derzeit wirklich irgendein Vakuum. Das heißt, niemand spricht über Kriegsverbrechen, nun, ich höre nichts, alles ist still. Es gab eine Denissowa, die jeden Tag über Kriegsverbrechen schrieb. Jeden Tag bereitete ich, als Menschenrechtsbeauftragte, zweimal täglich um 10 und 17 Uhr Informationen vor."

Dabei sagte sie, dass sie keine "wirklichen Namen" der Opfer hatte und die "Geschichten der Opfer" nie von den Behörden überprüft worden seien. Weiterhin sagte Denissowa, dass ihre Berichte über angebliche Gräueltaten des russischen Militärs in der Ukraine den Politikern geholfen haben, neue Militärhilfe für die ukrainische Armee zu erhalten. Ende Mai hatte die Oberste Rada die Ombudsfrau entlassen, dafür hatten 234 Parlamentarier abgestimmt. Dieses Amt bekleidete Denissowa seit dem Jahr 2018.

Die russischen Scherzbolde namens Wowan und Lexus haben Bürgermeister europäischer Hauptstädte, darunter Berlin, Wien und Madrid, sowie berühmte Filmemacher, Schriftsteller und Politiker mehrmals veräppelt. So hatten sich Wowan und Lexus vor Kurzem als ukrainischer Ministerpräsident Denis Shmygal ausgegeben und sich mit der moldawischen Präsidentin, Maia Sandu, unterhalten. Sie hatte ihnen [offengelegt](#), unter welchen Umständen die Mobilmachung im Land durchgeführt werden könnte.



<https://thumbs.odycdn.com/280665761ae1e9e5f1980a64a2784d11.webp>

### 18:54 de.rt.com: **Medwedew: "Höllische" Sanktionen des Westens gehen in die achte Runde**

Dmitri Medwedew, der Stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates und ehemalige russische Präsident, sagte, die "höllischen Sanktionen" des Westens gingen nun in die achte Runde. Er schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.

Der Politiker erinnerte daran, dass es angeblich in der Hölle neun Kreise gebe, "es gibt also noch Reserven". Medwedew schrieb wörtlich sinngemäß:

"Lasst unsere Feinde weiter wüten. Schließlich ist seit Langem klar, dass es eine Zeitverschwendung ist, diese Kreise zu ziehen, ohne dass der ‚berufene Sünder‘ viel Schaden nimmt. Und es ist kostspielig."

Er führt verschiedene Folgen der Sanktionen sowohl für Russland als auch für den Rest der Welt auf. Laut Medwedew habe Russland gelernt, sich an diese neuen Umstände anzupassen. Er stellt fest, dass die Wirtschaft des Landes eine "sehr anständige Vitalität" aufweist. So habe sich beispielsweise die Inflation verlangsamt und ist von ihrem Höchststand bei 17,8 Prozent im April auf 13,7 Prozent im September zurückgegangen, auch das Bruttoinlandsprodukt (BIP) habe sich als widerstandsfähiger erwiesen. Medwedew betonte, dass sich die Inflation in Russland also verlangsamt und dass es nicht gelungen sei, "unsere Wirtschaft in Stücke zu reißen".

Für den Westen dagegen, so Medwedew weiter, seien diese Sanktionen jedoch eine Selbstverstümmelung. Der Politiker erklärte:

"Sie haben jetzt erkannt, dass ihre Sanktionen Selbstbeschädigung sind. Ein typischer Selbstschuss in den eigenen Arsch. Die Preise für Benzin, Lebensmittel und Versorgungsleistungen schießen in die Höhe. Die Menschen gehen in ihrer Verzweiflung zu Kundgebungen. Die Politiker schütteln hilflos ihre Hände."

Insbesondere verwies Medwedew auf die Eurozone, die laut Eurostat mit mehr als neun Prozent Inflationsrate einen Rekord seit Jahrzehnten verzeichnet. Er fügte hinzu:

"Die Situation in einzelnen EU-Ländern ist jedoch schlichtweg katastrophal. Unter ihnen befinden sich die schlimmsten Feinde Russlands. Sie ernten gerade die Früchte ihres abscheulichen Hasses auf unser Land. In Estland stieg die Inflation im Jahresvergleich um 22,2 Prozent, in Litauen um 21,1 Prozent, in Lettland um 20,8 Prozent und in Tschechien um 17,3 Prozent. Und diese zweistelligen Negativrekorde sind noch lange nicht das Ende. Bald kommt ein kalter Winter ohne russisches Gas."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633f036d48fbef777060d601.jpg>

### 19:42 de.rt.com: **Selenskij ruft NATO zu atomaren Präventivschlägen gegen Russland auf**

Die NATO muss den Einsatz russischer Atomwaffen durch eigene Präventivschläge verhindern. Diese Meinung äußerte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij während einer Online-Konferenz.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij ist der Ansicht, dass die NATO einen "Präventivschlag" gegen Russland ausführen muss, sollte dieses mit einem möglichen Einsatz von Atomwaffen drohen. Dies sagte er in einem Videointerview mit dem Lowy Institute in Australien am Donnerstag. Die ukrainischen Medien haben den Ausschnitt aus seinem Auftritt mit folgendem Zitat [veröffentlicht](#):

"Was sollte die NATO tun? Verhindern, dass Russland Atomwaffen einsetzt. Vor allem aber appelliere ich noch einmal an die internationale Gemeinschaft (...): Präventivschläge, damit sie (die Russen) wissen, was mit ihnen geschieht, wenn sie sie einsetzen. Nicht umgekehrt auf Russlands Nuklearschläge warten, um dann sagen zu können: 'Ah, so seid ihr also, na dann

kriegt ihr jetzt zurück."

Er betonte, dass die NATO "die Art und Weise, wie sie ihren Druck ausübt", überdenken sollte.

Selenskij glaubt auch, dass Putin den Einsatz von Atomwaffen nicht überleben wird.

"Dennoch glaube ich, dass der russische Staatschef sein eigenes Leben sehr liebt. Und ich denke, er weiß, dass er nach dem Einsatz von Atomwaffen nicht mehr in der Lage sein wird, sie zu bewahren", so Selenskij.